Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Molkenbuhr, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 270 — **Montag, den 17. November 1930** — **5. Jahrgang**

Ein Wahl-Sonntag.

Gemeindewahlen in Baden.

Karlsruhe, 17. November. (EF.) Die Wahlen zu den Gemeindeparlamenten sind ruhig verlaufen. Die Beteiligung betrug zwischen 50 und 60 Prozent, also 20 Prozent weniger als bei den Reichstagswahlen. Dementsprechend ist auch bei den einzelnen Parteien der Stimmenrückgang. Im Vergleich zu den letzten Gemeindewahlen im Jahre 1926 hat die SPD. vielfach beträchtliche Zunahme an Stimmen zu verzeichnen, während sie zu den Reichstagswahlen ebenso wie fast alle anderen Parteien teils größere teils geringere Verluste buchen muß. Auch die Nationalsozialisten haben im allgemeinen Verluste erlitten. Insgesamt betrachtet lassen die Ergebnisse der Gemeindewahlen jedoch eine rückläufige Bewegung bei den Nazis noch nicht erkennen. Das Zentrum hat sich verhältnismäßig gut gehalten. Bei der Volkspartei und der Staatspartei nimmt der Zersetzungsprozeß, wie das Ergebnis der Wahlen zeigt, munter seinen Fortgang. Die Kommunisten haben auch Verluste erlitten, sich jedoch im großen und ganzen angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage ziemlich behauptet.

Im einzelnen registrieren wir folgende Wahlergebnisse:

Mannheim:

	Reichstagswahl 1930	Gemeindewahl 1926
Zentrum	17242	18476	10861
Sozialdemokraten	28838	38776	21442
Deutsche Volkspartei	5631	—	9022
Nationalsozialisten	17145	18845	—
Staatspartei	4585	—	—
Kommunisten	16171	20051	10184
Deutschnationale	1361	1891	236

Karlsruhe.

Zentrum	11017	14659	8469
Sozialdemokraten	12783	21608	11802
Deutsche Volkspartei	2489	—	5734
Nationalsozialisten	18850	23012	—
Staatspartei	2034	—	2247
Kommunisten	5695	8596	2813
Deutschnationale	1531	2378	4245

Freiburg:

Zentrum	12965	15451	7631
Sozialdemokraten	7959	10685	5092
Nationalsozialisten	6236	7093	—
Wirtschaftspartei	3138	3142	3785
Volkspartei und Staatspartei	327	—	—
Kommunisten	1540	2964	709

Heidelberg:

Zentrum	5583	7028	3574
Sozialdemokraten	6972	9006	5284
Nationalsozialisten	14045	14282	—
Staatspartei	1749	—	—
Kommunisten	3901	5133	2439
Evangelischer Volksdienst	2852	2394	—
Volkspartei	997	1468	—

Pforzheim.

Zentrum	1987	2984	1502
Sozialdemokraten	7101	10659	5892
Volkspartei	1737	—	2914
Nationalsozialisten	7022	8587	—
Staatspartei	1235	—	1419
Kommunisten	2613	4914	7184
Evangelischer Volksdienst	1998	2259	—
Deutschnationale	2032	2858	3541
Wirtschaftp. und Volksp.	3179	3014	—

In Mannheim, der größten Stadt des Landes, ziehen die Nationalsozialisten mit 14 Vertretern und in Heidelberg mit 30 von insgesamt 84 Bürgerausschußmitgliedern ins Gemeindeparlament ein. In Karlsruhe erhalten sie 26 Sitze. Sie sind hier die stärkste Partei. Die Sozialdemokratie ist in Karlsruhe von 24 auf 18 Mandate zurückgegangen. Das Zentrum ging von 19 auf 16 zurück. Die Kommunisten steigerten ihren Besitzstand von 6 auf 8. In Pforzheim erhält die SPD. 21 Sitze (22), die Nationalsozialisten 20 (—). Das Zentrum erhält 5 (5) und die Kommunisten 7 (6).

*

Mecklenburger Gemeindewahlen

Schwerin, 17. November. (Eig. Funkm.) Am Sonntag wurden in beiden Mecklenburgs die Kommunalparlamente neu gewählt. Die Wahlen sind ohne Störungen verlaufen. Ihr Ergebnis wird im Vergleich zu den letzten Reichstagswahlen gekennzeichnet durch einen **weiteren Aufstieg der Nationalsozialisten**, die durchschnittlich 20 bis 25 Prozent zugenommen und einer **katastrophalen Niederlage der Deutschnationalen und der Volkspartei.** Soweit die Deutschnationalen und Volksparteiler nicht auf eine sogenannte Einheitsliste zusammenmarschierten, kehren sie fast überall nur noch als Splitter in die neuer Stadtparlamente zurück.

Verluste hat auch die Sozialdemokratie erlitten, und zwar sowohl im Vergleich zu den Reichstagswahlen als auch zu den letzten Gemeindewahlen im Jahre 1927. Dieser Rückgang ist in erster Linie auf die schwache Wahlbeteiligung zurückzuführen, die um 20 Prozent geringer war als bei den Reichstagswahlen. Andererseits ist es eine alte Erscheinung, daß viele sozialdemokratische Wähler sich bei den Gemeindewahlen lokal eingestellten Splitterparteien zuwenden. Die Kommunisten haben gegenüber der Reichstagswahl ebenfalls Verluste erlitten, jedoch im Vergleich zu den letzten Gemeindewahlen Gewinne erzielt. Wir registrieren an Ergebnissen (die Vergleichsziffern sind die Ergebnisse der letzten Reichstagswahl):

Schwerin. Sozialdemokratie 7848 (10 863), Bürgerl. Einheitsliste 5899, Nationale Wirtschaft 1825, Kommunisten 676 (906), Nationalsozialisten 6513 (5111), Christl. Volksdienst 327 (393), Fortschrittliche Liste 315.

Mandatsverteilung: Sozialdemokraten 17, Bürgerl. Einheitsliste 11, Gruppe für Volkswohlfahrt 3, Nationale Wirtschaftsliste 3, Kommunisten 1 und Nationalsozialisten 13.

Neustrelitz. Sozialdemokraten 1088 (2133), Kommunisten 512 (630), Nationalsozialisten 713 (1196), Beamte 1033, Handel und Gewerbe 790, Volksrechtspartei 303, Deutschnationale 593 (1144), Christlichsozialer Volksdienst 224.

Mandatsverteilung: Sozialdemokraten 4, Kommunisten 2, Beamte 3, Nationalsozialisten 3, Handel, Handwerk und Gewerbe 3, Volksrechtspartei 1 und Deutschnationale 3.

Wismar. Sozialdemokraten 5615 (6200), Nationalsozialisten 3401 (2655), Kommunisten 1809 (1979), Bürgerl. Einheitsliste 3658 (2990 letzte Gemeindewahl).

Rostock. Sozialdemokraten 14 514 (19 600), Deutschnationale 3798 (6291), Wirtschaftspartei 1608 (5112), Hausbesitzer 3315, Mieter 494, Volkspartei 1149 (3626), Kommunisten 3500 (4224), Staatspartei 539 (1578), Nationalsozialisten 9250 (8175).

Die Rostocker Stadtverordnetenversammlung setzt sich in Zukunft folgermaßen zusammen: Sozialdemokraten 23, Deutschnationale 6, Wirtschaftspartei 2, Hausbesitzer 5, Deutsche Volkspartei 1, Kommunisten 5, Mieter 1, Nationalsozialisten 15, Christlich-Soziale 1 und Angestellte 1.

Güstrow. Sozialdemokraten 3159 (4378), Nationalsozialisten 1431 (1979), Bürgerl. Einheitsliste 3403 (3647 letzte Gemeindewahl), Kommunisten 893 (1093).

In der Stadtverordnetenversammlung sind in Zukunft: Sozialdemokraten 10, Volkswohlfahrt 4, Kommunisten 2, Nationalsozialisten 4 und Bürger 10.

*

Danzig wählt neues Parlament.

Danzig, 17. November. (Eig. Funkm.). Die Wahlen zum Danziger Volkstag zeigen das gleiche charakteristische Bild wie alle Wahlen der letzten Zeit in der deutschen Heimat der Danziger Bevölkerung. Auch hier haben die extremen Parteien, Nationalsozialisten und Kommunisten, am Sonntag die Haupterfolge erzielt. Die Stimmen verteilen sich wie folgt:

		1927	Mandate
Sozialdemokraten	53 741	61 779	19 (42)
Deutschnationale	27 533	35 826	10 (25)
Zentrum	30 841	26 096	11 (18)
Kommunisten	22 489	11 700	7 (7)
Nationalliberale	4 465	8 331	2 (7)
Dtsch.-Danz. Wirtschaftsp.	6 056	8 010	2 (6)
Deutsch-Liberale	3 400	6 204	2 (6)
Beamtenpartei	4 886	4 227	1 (3)
Polen	6 441	5 764	2 (3)
Mieter	1 306	1 686	0 (1)
Fischer	1 637	—	0 (1)
Nationalsozialisten	34 294	2 130	13 (1)
Eisenbahner	3 547	—	1 (0)
Christliche Volkspartei Zentrumssplitter	1 623	—	0 (0)
Deutsche Volksgemeinschaft Stadt	1 527	—	0 (0)
Land	6 975	—	3 (0)

Bei den Mandatsziffern ist zu berücksichtigen, daß der neue Volkstag nach der in Genf angenommenen Verfassungsänderung nicht 120, sondern nur 72 Abgeordnete zählt.

*

Terrorwahlen in Polen.

Warschau, 17. November. (EF) Die Sejmwahlen in Polen standen vollkommen unter dem Zeichen stärksten Terrors der Polizei und der Behörden. Die Agitation und sogar die Stimmzettelverteilung der Oppositionsparteien, vor allem des Linksblocks, waren vollkommen unterbunden, da die Polizei oder bewaffnete Regierungsanhänger in jedem Falle mit Gewalt gegen Oppositionsanhänger vorgingen. Dagegen entwickelte der Regierungsblock eine Riesenpropaganda.

In Lodz verübten mehrere hundert Mann starke Banden der Regierungspartei Ueberfälle auf sozialistische Parteilokale, die völlig demoliert wurden. 30 Personen wurden zum Teil sehr schwer verletzt. In einigen Wahlbezirken wurden die Oppositionellen Wahlausschußmitglieder verhaftet. Anschließend wurde das Wahlergebnis bekanntgegeben, das natürlich bei angeblich 100prozentiger Wahlbeteiligung lauter Regierungsstimmen aufwies. Die Wahlbeteiligung war im allgemeinen sehr stark.

Die Steuer-Senkung.

Der fragwürdigste Teil des Finanzprogramms.

Einer der wesentlichsten Punkte des Wirtschafts- und Finanzplans der Reichsregierung ist — so sagt die Regierung selbst — der Entwurf eines Gesetzes über die Senkung der Realsteuern. Das Kernstück dieses Gesetzes ist die schematische Senkung der Realsteuern vom 1. April 1931 ab. Die Grundsteuer soll um 10 Prozent, die Gewerbesteuer um 20 Prozent gesenkt werden, wobei anstelle der Ermäßigung der Grundsteuer unter bestimmten Voraussetzungen eine Senkung der Hauszinssteuer um 3 Prozent treten kann.

Die Mittel für die Senkung der Realsteuern sollen Länder und Gemeinden aus dem Wohnungsanteil der Hauszinssteuer entnehmen. Während bisher rund 800 Millionen jährlich — also etwa die Hälfte — aus dem Ertrag der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau verwendet wurden, soll in Zukunft nur noch ¼ diesen Zwecken nutzbar gemacht werden. Der dadurch freiwerdende Betrag von 400 Millionen soll in Höhe von etwa 320 Millionen Ländern und Gemeinden als Entschädigung für die Senkung der Realsteuern zufließen. Der Rest von 80 Millionen soll nach Wahl der Länder entweder zur Unterstützung von Gemeinden verwendet werden, die durch Wohlfahrtslasten besonders belastet sind, oder der verstärkten Senkung der Hauszinssteuer dienen oder weiter zur Förderung des Wohnungsbaues benutzt werden.

Neben dem Zwang zur Senkung der Realsteuern verbietet der Gesetzentwurf ihre erneute Erhöhung. Länder und Gemeinden werden verpflichtet, keine höheren Steuersätze anzuwenden, als vor dem 1. Oktober 1930 in Geltung waren und von diesen Sätzen müssen noch die Senkungsbeträge abgezogen werden.

Weiter sieht der Gesetzentwurf eine Verschärfung der Bestimmungen über die Bürgersteuer vor. Während nach der Notverordnung die Bürgersteuer oder die Gemeindebiersteuer von den Gemeinden erhoben werden müssen, die ihre Realsteuersätze nach dem 1. August 1930 erhöht haben oder erhöhen wollen, soll nach dem Gesetzentwurf die Verpflichtung zur Erhebung beider Steuern eintreten, wenn höhere Sätze erhoben werden, als am 31. März 1930 in Geltung waren. Außerdem sollen die Gemeinden das Recht erhalten, Zuschläge zur Bürgersteuer zu erheben, die nach oben unbegrenzt sind.

Alle diese Vorschriften gelten nur solange, als das Steuervereinheitlichungsgesetz noch nicht in Kraft getreten ist. Für die Zeit nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes werden neue Vorschriften in Aussicht gestellt.

Schließlich bringt der Gesetzentwurf Steuervergünstigungen für alte Wohnungs-Neubauten, die vom 1. April 1931 bis zum 31. März 1934 bezugsfertig werden. Diese Wohngebäude sollen bis Ende 1938 von der Grundsteuer, Einkommensteuer, Körperschaftssteuer, Vermögenssteuer u. Aufbringungssteuer befreit bleiben.

Die Begründung zum Gesetzentwurf erklärt die Senkung der Realsteuern als eine besonders dringliche Aufgabe und verspricht sich davon Verminderung der Selbstkosten der Betriebe, Preissenkung, Neueinstellung von Arbeitnehmern und solche schönen Dinge mehr. Dabei weist die Regierung besonders darauf hin, daß das Aufkommen der Realsteuern gegenüber der Vorkriegszeit um mehr als das 3½fache gestiegen sei — eine demagogische Uebertreibung, die nur dadurch zustande kommt, daß die Verminderung des Geldwertes der Reichsmark gegenüber der Vorkriegszeit verschwiegen wird. Berücksichtigt man diese Kaufkraftminderung, so sind die Realsteuern nicht um das 2¾fache, sondern nur um das 3½fache gestiegen.

Die schematische Senkung der Realsteuern ist in der Oeffentlichkeit mit Recht kritisiert worden. Es ist in der Tat nicht einzusehen, warum auch in den Ländern und Gemeinden eine Senkung durchgeführt werden soll, in denen die Realsteuern keineswegs als überspannt gelten können. Die Regierung verteidigt die schematische Senkung damit, daß einer individuellen Ermäßigung unüberwindliche technische Schwierigkeiten entgegenstehen. Außerdem könne nur auf dem schematischen Wege eine weithin sichtbare, jedermann deutliche Senkung ermöglicht werden,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301117-16/fragment/page=0001

die allein die gewünschte psychologische Wirkung auf die Wirtschaft verspreche.

Weiter wiederholt die Begründung die bekannten Grundsätze der Reichsregierung über die Fortführung des Wohnungsbaues — schöne Redensarten, die nicht darüber hinwegheilen können, daß in Zukunft jährlich nur noch 165 000 bis 200 000 Wohnungen statt bisher mehr als 300 000 gebaut werden können, wenn es bei den Vorschlägen der Regierung bleibt. Schließlich gibt die Regierung deutlich zu erkennen, daß sie bei der Verschärfung der Bürgersteuer zwei Ziele verfolgt: 1. durch Einführung und Erhöhung der Bürgersteuer soll ein weiterer Abbau der Realsteuern ermöglicht werden und 2. anstelle der in Zukunft ausgeschlossenen Erhöhung der Zuschläge zu den Realsteuern sollen die Zuschläge der Bürgersteuer treten.

Die Begründung redet um die beiden Kernprobleme der Regierungsvorlage herum. Das eine Problem ist: wie soll eine Belebung der Konjunktur gelingen, wenn gleichzeitig der Wohnungsbau aufs empfindlichste gedrosselt wird. Vor der Wahl hat sich die Regierung viel auf ihr zusätzliches Wohnungsbauprogramm für 1930 zugute getan; nach der Wahl soll das alles nicht mehr wahr sein. Die zweite Hauptfrage lautet: wie kann man an eine Senkung und Begrenzung der Realsteuern in dem Augenblick denken, in dem noch nicht zu übersehen ist, wie die Gemeinden sich in den nächsten Monaten finanziell über Wasser halten sollen. Noch vor wenigen Monaten hat die Regierung den Standpunkt vertreten, daß die Finanz-Sanierung der Steuersenkung vorangehen müsse. Jetzt wird auch diese Erkenntnis über Bord geworfen.

Besprechung mit Brüning.

Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Müller, Hilferding und Hertz hatten am Sonnabend eine Aussprache mit dem Reichskanzler Brüning. Gegenstand der Aussprache waren die Notverordnung und das Sofort-Programm der Reichsregierung. Die sozialdemokratischen Vertreter legten dar, welche Abänderungen die Sozialdemokratie an der Notverordnung und dem Sofort-Programm für notwendig hält. Hinsichtlich der Notverordnung ist vor allem die Frage der Kopfsteuer strittig, im Sofort-Programm das Ausgabenbegrenzungs-Gesetz, die Senkung der Realsteuern, die Aenderung der Wohnungsgesetzgebung und die finanzielle Lage in den Gemeinden.

Die Besprechungen werden in der nächsten Woche fortgesetzt werden. Am Dienstag wird der sozialdemokratische Fraktionsvorstand zu einer Sitzung zusammentreten.

Hugenberg macht Witze.

Preußen sollen die Polizeikostenzuschüsse gesperrt werden.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, durch welchen der Reichsinnenminister Wirth aufgefordert wird, nach dem Muster Thüringens und Braunschweigs auch Preußen die Polizeikostenzuschüsse zu sperren, weil Braun und Severing keine Garantie für die Aufrechterhaltung der Reichsverfassung seien.

Hugenberg und seine Nazis fühlen das Bedürfnis, sich wieder einmal lächerlich zu machen. Der Mithilfe der Kommunisten dürften sie sicher sein.

Das bayrische Zentrum.

Parteitag der Bayrischen Volkspartei.

München, 17. November. (EF.) Der Parteitag der Bayrischen Volkspartei, der am Sonnabend und Sonntag in Anwesenheit von Vertretern des Zentrums und der Christlichsozialen aus Oesterreich und der Tschechoslowakei in München abgehalten wurde, stand im Zeichen des politisch weltanschaulichen Abwehrkampfes gegen den Radikalismus von links und rechts. Alle Referate waren mehr oder weniger auf dieses Thema eingestellt, ob sie sich speziell mit Innen- und Außenpolitik oder mit der katholischen Kulturpolitik befaßten. Am schärfsten kam die Kampfstellung

gegen den Kommunismus und den Nationalismus

zum Ausdruck in der Rede des Parteivorsitzenden Schäffer und der dazu vom Parteitag einstimmig angenommenen Entschließung, die u. a. die Sätze enthält:

„Aus christlicher Weltanschauung u. als deutsche Partei lehnen wir einen reinen machtpolitischen, die Freiheit des Gewissens nicht achtenden völlig undeutschen Gedanken der Diktatur ab, mag er nach italienischem oder moskowitischem Muster empfohlen werden. Wir erstreben die Ueberwindung der reinen Zahlendemokratie und ersehnen eine wahrhaft deutsche und christliche Demokratie, die auch das Recht der Minderheit achtet."

Etwas vorsichtiger umschrieb der Fraktionsführer Leicht die Reichstagspolitik der Bayerischen Volkspartei und ihr Verhältnis zur Regierung Brüning. Er nannte auch offen den Grund der Unzufriedenheit, der darin liegt, daß man der B. V. zumute, bei der Mitarbeit an der Sanierung der Reichsfinanzen Maßnahmen willig hinzunehmen, die die Selbständigkeit der Länder und Gemeinden treffe. Dazu werde sich die Bayrische Volkspartei niemals bereitfinden.

Nach den jüngsten Ereignissen in der bayrischen Landespolitik wurde mit besonderem Interesse das Referat des Fraktionsführers im Landtag angehört. Angesichts der Neuwahlen im kommenden Frühjahr unterstrich er immer wieder, daß die Partei allen Parteien gegenüber vollkommen freie Hand behalte. Bemerkenswert aber war eine scharfe Polemik gegen die Deutschnationalen, die

aus Angst vor einer Koalition mit den Sozialdemokraten

in den letzten Wochen die größten Vorwürfe und Angriffe gegen die Bayrische Volkspartei gerichtet haben. Es war bezeichnend, daß der Parteitag gerade diese Polemik gegen die Deutschnationalen fortgesetzt, „mit stürmischem Beifall begleitete", wie es im offiziellen Bericht heißt.

Das Verhältnis zur Sozialdemokratie

nannte der Redner „klar". In der Frage der Kinderfreundebewegung hätte sich zwischen beiden Parteien ein Berg aufgetürmt und die Zukunft müsse darüber entscheiden, ob ein Weg darüber führe. Auf diesen und ähnlichen Gebieten könne die Bayrische Volkspartei den Sozialdemokraten niemals Konzessionen machen.

Das ist Faschismus!

Bettelpfennige für Arbeitslose.

Die neuesten amtlichen Ziffern über die Arbeitslosigkeit in Italien weisen im Vergleich zu den Ziffern für September eine starke Steigerung auf. Vom 30. September bis 31. Oktober ist die Zahl um 42 000 auf rund 447 000 gestiegen. In Wirklichkeit gibt es jedoch in Italien weit mehr als eine Million Arbeitslose. Von den 447 000 amtlich gemeldeten Arbeitslosen erhalten nur 150 000 Unterstützung von 1,50 bis 2,50 Lire pro Tag, oder von 35 bis 55 Pfennig.

Korruption in Anhalt.

Von Gerhart Seger (Dessau), M. d. R.

Bisher glich das drittkleinste Land Anhalt jener Frau, die deshalb als die Beste gilt, weil man von ihr am wenigsten spricht. In der letzten Zeit aber sind Nachrichten aus Anhalt in die allgemeine Oeffentlichkeit gedrungen, die einen recht wenig erfreulichen Inhalt haben. „Korruption in Anhalt", „Zwei Landtagsabgeordnete bestochen", so lauteten die Ueberschriften dieser Nachrichten. Da Anhalt seit zwölf Jahren mit einer geringen Unterbrechung von wenigen Monaten sozialdemokratisch-demokratisch regiert wird, so galt der weniger unterrichteten Presse dieser Vorfall als ein willkommener Anlaß, gegen das „neudeutsche Regierungssystem" überhaupt zu Felde zu ziehen. Es ist daher notwendig und nützlich, über diese Vorgänge einige Aufklärung zu verbreiten.

Der Anhaltische Staat, der seit vielen Jahren über beneidenswert geordnete Finanzen verfügt, hatte als einzigen Nachteil seines Haushaltes den Zuschußbetrag von rund 1 Million Mark, den die Unterbilanz der Anhaltischen Salzwerke zu leisten erforderte. Infolgedessen strebte die Reigerung schon lange danach, die Salzwerke zu verpachten. Sie führte darüber wiederholt Verhandlungen, sowohl mit Privatkonzernen als auch mit der Preußischen Bergwerks- und Hütten-A.-G. Mit dieser kam es schließlich zum Abschluß des sogenannten Preußag-Vertrages, der dem Lande Anhalt nicht nur die bisherige Summe von 1 Million jährlichen Zuschusses ersparte, sondern darüber hinaus (infolge der für die Preußag sehr verwendbaren Kali-Quote der Anhaltischen Salzwerke) eine jährliche Pachtsumme von 1 Million Mark einbrachte. Da sich die sozialdemokratisch-demokratische Regierung nur auf eine Minderheit des Landtages stützen kann (sie lebt rein zahlenmäßig von der Tatsache, daß die Rechtsparteien und die Kommunisten zusammen keine Regierung bilden können), so mußte für die Annahme des Vertrages eine Mehrheit gesucht werden. Die Regierung fand diese Mehrheit durch das Hinzutreten zweier Hausbesitzervertreter zu den Regierungsparteien des Landtages. Sie machte diesen beiden Vertretern sowohl hinsichtlich des Inhalts des mit ihrer Hilfe angenommenen Vertrages als auch hinsichtlich einer gewissen Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft einige Zugeständnisse. Aus sachlichen Gründen stimmten darum die beiden Hausbesitzervertreter mit den beiden Regierungsparteien, so daß der Preußag-Vertrag mit der erforderlichen Mehrheit angenommen wurde.

Zeitlich parallel, aber in keinerlei ursächlichem Zusammenhang lief damit eine Angelegenheit, an der die beiden Hausbesitzervertreter interessiert waren. Es besteht in Dessau die Realkreditbank, die im Gegensatz zu anderen Hypothekenbanken Hypotheken auch in kleinen Orten und in niedriger Höhe bis herunter zu 1000 Mark ausleiht. Diese Hypothekenbank bewarb sich seit 1926 um die Zulassung im Reichsgebiet. Die Erteilung dieser Konzession war abhängig von der Zustimmung des Reichsrats, also — bei der Zahl der preußischen Stimmen — praktisch von der Zustimmung Preußens. Die Verhandlungen zwischen der Bank, dem anhaltischen Ministerium und dem preußischen Ministerium gingen jahrelang hin und her, bis es schließlich Ende Juli 1929 gelang, die Konzession zu erhalten. In öffentlicher Sitzung hat der Reichsrat mit den Stimmen Preußens und der süddeutschen Staaten die Reichskonzession für die Deutsche Realkreditbank A.-G. in Dessau beschlossen. Es wird von den rechtsbürgerlichen Parteien in Anhalt behauptet, daß die Zustimmung Preußens zu der Reichskonzession der Bank durch den Abschluß des Preußag-Vertrages mindestens erleichtert worden sei, die Preußen die Vermehrung seiner Produktionsquote durch den Hinzutritt der anhaltischen Kali-Quote sehr gut hat brauchen können. Das ist möglich, aber sachlich ganz unerheblich.

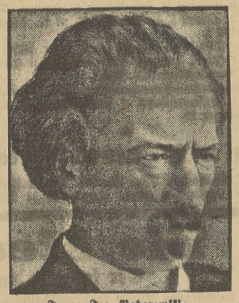
Die beiden Hausbesitzerabgeordneten, die wegen ihrer Zustimmung zum Preußag-Vertrag im anhaltischen Landtag aus ihrem Verband ausgeschlossen und auch sonst politisch und wirtschaftlich heftig angegriffen worden sind, haben sich nun von dem Direktor der Realkreditbank, Seiffert-Berlin, größere Beträge zahlen lassen (der eine, ein Zeitungsverleger in Roßlau, 20 000 Mark, und der andere, ein Postbeamter in Dessau, 10 000 Mark), die als Ausgleich für den erlittenen Schaden gelten sollten. Soweit bisher im anhaltischen Untersuchungsausschuß die Vorgänge geklärt worden sind, wird den beiden Abgeordneten eine Bestechung im juristischen Sinne, wie der Begriff im § 331 des Strafgesetzbuches formuliert ist, nicht nachgewiesen werden können. Trotzdem geht die allgemeine Meinung, selbstverständlich auch die der sozialdemokratischen Partei in Anhalt, dahin, daß die Handlungsweise der beiden Abgeordneten, auch wenn sie juristisch in dem anhängig gemachten Verfahren vor dem Staatsgerichtshofe sich als nicht faßbar erweisen sollten, moralisch nicht verteidigt werden kann. Es bleibt eine peinliche und unzulässige Verquickung von Geld und Politik, die da vorliegt, und die Sozialdemokratie hat daher die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit zur Erhebung der Anklage vor dem Staatsgericht herstellen helfen.

Die Rechtsparteien des anhaltischen Landtages, Volkspartei und Deutschnationale, haben nun diesen Vorfall ausgenutzt, um allerlei dunkle Verdächtigungen gegen die Regierung und die Verwaltung des Landes Anhalt auszusprechen. Die in dem Untersuchungsausschuß des Landtages öffentlich geführte Untersuchung hat vollkommen einwandfrei ergeben, daß von irgendeiner Beteiligung irgendeines Beamten oder Ministers gar keine Rede sein kann. Insoweit hat die ganze, großaufgezogene Aktion der Rechtsparteien vollkommen Schiffbruch erlitten. Es muß weiter festgestellt werden, daß das treibende Motiv für die Aktion der Rechtsparteien keineswegs die moralische Entrüstung über das Verhalten zweier Abgeordneter war, die schließlich aus dem bürgerlichen Interessenhaufen stammen; das treibende Motiv ist vielmehr ein rein politischer Grund. Der Fraktionsführer der Volkspartei im anhaltischen Landtage hat das auf einem Landesparteitag der Volkspartei in einem Anfall von Offenherzigkeit ausgesprochen. Er hat erklärt:

„In dem Vorgehen gegen Günther und Marzahn seien keine Skandalabsichten verborgen gewesen. Die beiden Stimmen dieser Abgeordneten seien die politische Macht in Anhalt, durch sie hat die Linksregierung ihre Mehrheit. Ihr Verhalten hat das Bürgertum zu vollkommener Ohnmacht verurteilt."

Damit ist ganz eindeutig gesagt, was die sozialdemokratische Partei immer annehmen mußte und was sie nunmehr bestätigt erhielt: die Rechtsparteien haben ihren ganzen Haß und ihre ganze Wut gegen die beiden Abgeordneten entfesselt, nicht, weil sie im kapitalistischen Staate von einer kapitalistischen Bank Geld genommen haben, sondern weil sie durch wiederholte Abstimmungen der Linksregierung zu einer Mehrheit verhalfen. Wenn man so die Behauptungen durch die Wiedergabe der bloßen Tatsache auf das richtige Maß zurückführt, dann wird erkennbar, daß das große Geschrei „Korruption in Anhalt" einigermaßen gegenstandslos ist. Die Aktion der anhaltischen Rechtsparteien stellen sich demnach das als ein Teil des Kampfes der Reaktion gegen die politische Linke in Deutschland dar.

Politiker und Klaviervirtuose.



Ignaz Jan Paderewski,

der weltberühmte Klaviervirtuose und erste Präsident der polnischen Republik, feiert am 18. November seinen 70. Geburtstag.

Pazifist Ludendorff.

Wie ein neuer Weltkrieg aussehen wird.

Am 8. November 1923 ließ sich Ludendorff von Hitler zum Reichswehrminister ernennen mit der Perspektive auf einen frisch-fröhlichen Krieg gegen Frankreich. Sieben Jahre nach diesem denkwürdigen Tag veröffentlicht Ludendorff eine Broschüre mit dem Titel: „Weltkrieg droht" (Preis 90 Pfennig), in der er seine Ansichten über den wahrscheinlichen Ausgang eines neuen Weltkrieges darlegt: Am 1. Mai 1932 bricht der neue Krieg aus. Auf der einen Seite kämpfen Frankreich, Belgien, Polen, die Tschechoslowakei und Rumänien, auf der anderen Seite Deutschland, Oesterreich, Ungarn, England und Sowjetrußland. Die französische Truppe siegt rasch und gründlich, Deutschland bildet das Schlachtfeld, seine Städte gehen unter in furchtbaren Luftangriffen. Um die Verpflegung der Nichtkämpfer kümmert sich niemand, die jungen Leute aus Deutschland werden als Kanonenfutter nach England oder Oberitalien verfrachtet und gehen massenhaft zu Grunde. Schon nach wenigen Wochen ist der Krieg entschieden. Deutschland ist vernichtet. Ludendorff schildert das Schicksal von Berlin: „Notraub herrscht in den Straßen Berlins und der umliegenden Städte. Niemand kann Verpflegung schaffen. Tschechischer Landsturm umspannt die Stadt und weist kaltherzig alle Flüchtenden in die Stadt zurück. Die Bevölkerung Berlins stirbt, mit den Kindern begann es wie überall. Was die Deutschen an Kultur geschaffen haben, ist vernichtet oder verfällt. Die Schrecken des Dreißigjährigen Krieges sind überboten."

Die Nationalsozialisten haben trotz allem Ludendorff bisher immer noch als militärischen Fachmann angesehen. Nachdem er ihre Phantasien von einem kommenden Befreiungskriege so zersetzt hat, werden sie ihn jetzt wahrscheinlich als Narren bezeichnen. Als er wirklich ein Narr war, haben sie ihm zugejubelt, jetzt, wo er einen lichten Augenblick hat, werden sie wahrscheinlich voll Haß und Wut über ihn herfallen.

Generalstreik in Madrid.

Protest gegen die Urheber des Blutbades.

Madrid, 17. November. (Eig. Drahtb.). In Anbetracht der am Freitag erfolgten blutigen Zusammenstöße zwischen Polizeibeamten und Arbeitern, die vier Arbeitern das Leben kosteten, hat der Verband der Madrider Bauarbeiter einen Proteststreik beschlossen. Der Protest richtet sich gegen die Brutalität der Polizei und deren Chefs, deren Absetzung gefordert wird. Weiter wird für die Familien der Getöteten eine Pension, für die Verwundeten Schadenersatz und für die Verhafteten Strafreiheit gefordert.

Madrid macht den Eindruck einer toten Stadt. Alles ist lahmgelegt, die Läden, Theater, Kinos und Kaffees sind geschlossen. Der Verkehr ruht, mit Ausnahme der Eisenbahn, völlig. Selbst die Brotversorgung ist unterbrochen, was unter Umständen zu ernsten Weiterungen führen kann. Zu Zwischenfällen ist es bisher noch nicht gekommen.

Parlamentseröffnung in Rumänien.

Bukarest, 15. November. (Eig. Drahtb.). Der rumänische König eröffnete am Sonnabend die Wintersession des Parlaments mit einer Thronrede, die in einem Appell an die Parteien zur Zusammenarbeit ausklang. Die Sitzung hatte insofern historische Bedeutung, als die Liberale Partei zum ersten Male seit dem Rücktritt der Regierung Maniu wieder geschlossen in die Kammer zurückkehrte.

Gewerkschaftliches.

Ruhrschiedsspruch abgelehnt.

Der freigewerkschaftliche Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands hat am Sonntag in einer Konferenz der Bezirksvertreter den Arbeitszeitschiedsspruch im Ruhrbergbau vom 12. November abgelehnt. Er richtete an den Reichsarbeitsminister den dringenden Appell, den Schiedsspruch nicht für verbindlich zu erklären. Nachdem nunmehr die Gewerkschaften den Schiedsspruch abgelehnt, der Zechenverband dagegen ihn angenommen und seine Verbindlichkeitserklärung beantrat hat, liegt die Entscheidung beim Reichsarbeitsminister. Nachverhandlungen über die Frage der Verbindlichkeitserklärung finden voraussichtlich in der letzten Novemberwoche in Berlin statt.

•

Auch der christliche Bergarbeiterverband hat beschlossen, den Arbeitszeitschiedsspruch für den Ruhrbergbau abzulehnen. Gleichzeitig wurde an den Reichsarbeitsminister das Ersuchen gerichtet, den Schiedsspruch nicht für verbindlich zu erklären.

Der Zechenverband dagegen hat den Schiedsspruch sicherem Vernehmens nach angenommen und seine Verbindlichkeitserklärung beantragt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301117-16/fragment/page=0002

Appell der Städte.

Durch Rückführung der Brotspannen könnten jährlich in Deutschland 150 Mill. M. erspart werden.

Der Deutsche Städtetag, die Spitzenorganisation der deutschen Städte, hat Gelegenheit genommen, nochmals auf die Notwendigkeit einer Preissenkung für die wichtigsten Lebensmittel hinzuweisen. Zur Beurteilung der ganzen Sachlage unterbreitet der Städtetag folgendes Material:

Zur Beurteilung der Möglichkeiten bei der Brotpreissenkung ist allein die Bruttoverdienstspanne beim Bäcker von Bedeutung, da die Roggen-Mehlspanne (Mühlenerlös) gegenüber der Vorkriegszeit in Berlin nur unerheblich gestiegen ist (1913 1,6 Pfg., 1930 1,8 Pfg. je kg Brot). Die Bruttoverdienstspanne des Bäckers hat in allen Städten, wenn auch unterschiedlich, im Verlaufe der Jahre eine starke Ausweitung erfahren.

In Berlin betrug die Bruttoverdienstspanne je kg Roggenbrot 1913 12,7 Pfg., 1926 16,1 Pfg., 1929 20,5 Pfg., 1930 bisher 20,6 Pfg. Mit 62 bis 65 v. H. Steigerung liegt die Bruttoverdienstspanne erheblich höher als der Lebenshaltungsindex. In einzelnen Städten, z. B. in Köln, ist die Verdienstspanne noch größer, sie betrug 1926 18,8 Pfg., 1929 27,2 Pfg. und 1930 (erstes Wirtschaftsjahr) 31,2 Pfg.

Die Durchschnittspreise für das meist gekaufte Brot weisen ebenso wie für Weizenkleingebäck seit 1926 bei sinkenden Mehlpreisen eine steigende Bruttospanne zwischen Mehlkosten und Brotpreisen auf, und zwar vor allem in den Monaten nach stärkeren Preiseinbrüchen am Getreide- und Mehlmarkt. Eine solche Ausweitung der Bruttospanne findet in der Unkostenentwicklung keinesfalls eine Rechtfertigung. Der zwischenörtliche Preisvergleich stellt mit seinen Ergebnissen die Angemessenheit der Brotpreise vollends in Frage. Hierbei zeigen sich Unterschiede in der Bruttokpanne bis zu 100 v. H. selbst zwischen Großstädten wie Dresden und Breslau auf der einen und Köln und München auf der anderen Seite. Auch bei Berücksichtigung objektiver Kostenunterschiede (Löhne) bleiben Unterschiede zwischen Köln und Breslau von 10 Pfg. je kg (20 v. H.) des Kölner Brotpreises, noch höhere Gewinnunterschiede zwischen Mittelstädten wie Frankfurt a. O. und Flensburg.

Die unberechtigten Ueberhöhungen der Bruttoverdienstspannen belasten den Konsum in Deutschland beim Brot mit 100—150 Mill. RM. jährlich.

Bei Fleisch

fehlt es zur Zeit noch an abschließenden exakten Ergebnissen. Nach den bisherigen Feststellungen liegt jedoch auch vielfach die Handelsspanne im Fleischergewerbe beträchtlich über der allgemeinen Steigerung des Lebenshaltungsindex. Ebenso werden die Spannungen bei Milch einer Nachprüfung zu unterziehen sein.

Bei den Kartoffeln

ist der Preisvergleich wesentlich schwieriger wegen des ungeklärten Sortenproblems im Kleinhandel. Im Kartoffelhandel hat sich sowohl beim Großhandel als beim Kleinhandel vielfach eine starke Ueberhöhung der Handelsspanne ergeben. Während in Berlin z. B. 1925-26 der Kleinhandelspreis 82 Prozent über dem Erzeugerpreis war, lag er im Oktober 1930 um 138 Prozent über dem Erzeugerpreis. 1913-14 betrug die prozentuale Erhöhung des Kleinhandelspreises gegenüber dem Erzeugerpreis nur 51 Prozent.

Die Kleinhandelsspanne im

Kohlenhandel

hat sich beispielsweise nicht nur gegen 1913, sondern auch fortlaufend gegenüber den Jahren 1925, 1926 und 1927 erhöht. Sie betrug bei Braunkohlenbriketts in Berlin im Jahre 1913 0,85 RM., 1926 1,35 RM., 1928 1,45 RM., Oktober 1930 1,52 RM.

Der Deutsche Städtetag kommt zu dem Schluß, „daß es ausgeschlossen ist, Beamten, Angestellten und Arbeitern der öffentlichen und privaten Wirtschaft eine Einkommensenkung in dem vorgesehenen Ausmaß zuzumuten, wenn es nicht gleichzeitig und in vollem Umfang gelingt, die Gewinnspannen, insbesondere auch durch örtliche Einwirkung, herabzudrücken."

Der Städtetag will keine zwangswirtschaftlichen Maßnahmen vorschlagen. Auch er entscheidet sich, in Uebereinstimmung mit Anregungen, die an dieser Stelle bereits gemacht worden sind, mehr für eine Durchleuchtung der ganzen Materie. Darüber schreibt er folgendes:

Es ist heute nötiger als zu irgendeinem Zeitpunkt in den letzten Jahren, örtlich für eine klare Preisberichterstattung zu sorgen und die Oeffentlichkeit von den tatsächlich bestehenden Preisunterschieden in geeigneter Form zu unterrichten. Besonders geeignet erscheinen hierfür laufende Veröffentlichungen der Brot- und Gebäck- sowie Kartoffel- und sonstigen Preise und zwar namentlich der niedrigsten Preise unter Nennung des betr. Stadtteils und der betr. Straße, wo die Feststellung getroffen war. Ebenso ist es erforderlich, durch Verhandlungen mit den Innungen, Händlerorganisationen und Konsumvereinen zu einer Klarstellung und Senkung der Bruttoverdienstspanne zu kommen und die gegenwärtigen Spannungen

durch Vergleich von Stadt zu Stadt nachzuprüfen.

Gleiche Maßnahmen erscheinen auch hinsichtlich der Mehl- und Kartoffel-Ein- und Verkaufspreise und anderer wichtiger Lebensmittel nötig. In einzelnen Städten haben bereits erfolgreiche Verhandlungen zwischen Stadtverwaltung, Gewerbe, Handwerk und Handel stattgefunden; es gilt, Gleiches überall zu erreichen. Die Städte werden sich dieser überaus wichtigen Frage mit aller Energie annehmen und rufen die Oeffentlichkeit, insbesondere die Verbraucher selbst, die es am unmittelbarsten angeht, auf, sie in dieser Frage, die Stadt und Land in gleicher Weise angeht und nur von Stadt und Land gemeinsam gelöst werden kann, nach Kräften zu unterstützen. —

Das Gesicht der Revolution.

Niedergebranntes Straßenbahndepot in der Stadt Bahia, das von den Revolutionären angezündet worden war.

Errichtung einer gemeinschaftlichen Fingerabdruckländerzentrale. Nach einem Runderlaß des Ministers des Innern ist durch Beschluß aller deutschen Länder beim Landeskriminalpolizeiamt in Berlin die von der Deutschen Kriminalpolizeilichen Kommission zur schnelleren und sicheren Feststellung der Persönlichkeit und zur Sicherung der Wiederfeststellung der Persönlichkeit vorgeschlagene gemeinsame Fingerabdruckländerzentrale errichtet worden. Ihre Aufgaben sind in der von den Länderregierungen angenommenen „Geschäftsordnung zur Regelung des Verkehrs der Fingerabdrucklandeszentralen miteinander und mit der gemeinsamen Länderzentrale" festgelegt. Die Geschäftsordnung wird demnächst im Deutschen Kriminalpolizeiblatt veröffentlicht werden. — Als Landeszentralen im Sinne der Geschäftsordnung gelten nur die Fingerabdruckzentralen beim Landeskriminalpolizeiamt in Berlin, bei der Polizeidirektion in München, dem Landeskriminalamt z. Dresden, dem Landespolizeiamt in Karlsruhe, bei der Polizeibehörde in Hamburg und beim Landeskriminalpolizeiamt in Stuttgart.

Aus aller Welt.

Gute Partie.

Maharadscha heiratet eine amerikanische Studentin.

Maharadscha Gopal Singh Khalsa mit seiner Gattin, der amerikanischen Studentin Irene Hall, nach der Hochzeit, die in Denver (Colorado) durch einen bischöflichen Geistlichen vollzogen wurde. In Indien wird das Paar noch einmal nach dem buddhistischen Glauben des Bräutigams getraut werden.

„Do X" in Bordeaux gelandet. „Do X" ist am Sonnabend mittag 2,16 Uhr deutscher Zeit in Bordeaux glatt gelandet. Der Kommandant erklärte, daß die vorhergegangene Zwischenlandung bei La Rochelle nur durch Nebel und Dunkelheit, nicht aber durch irgendeine technische Störung veranlaßt worden war.

Ein chinesischer Dampfer im Taifun gesunken. Ein chinesischer Dampfer ist am Sonnabend abend auf der Fahrt nach Wladiwostok in einen Taifun geraten und gesunken. Trotz der Versuche mehrerer Dampfer, die 27 Mann starke Besatzung zu retten, mußte das Hilfswerk wegen des starken Sturmes aufgegeben werden.

Erster Schneefall in Hamburg. Am Sonntag mittag ist über Hamburg und Umgebung der erste Schneefall niedergegangen. Die großen wässerigen Flocken blieben jedoch nicht liegen, wie überhaupt der Schnee später in Regen überging.

Schweres Brandunglück auf einem Rittergut. Von einem schweren Brandunglück wurde in der Nacht zum Sonntag das Rittergut Volksdorf heimgesucht. Das Viehhaus des Gutes brannte vollständig nieder. Etwa 120 Kälber und sieben Milchkühe kamen in den Flammen um. Der Gutsinspektor und der Stallwärter haben sich schwere Brandverletzungen und Rauchvergiftungen zugezogen.

Ein ganzes Dorf durch eine Feuersbrunst vernichtet. Die Ortschaft Valea-Seca (Moldau) ist am Sonnabend durch ein Großfeuer völlig vernichtet worden. Das Dorf, das aus 60 großen Wirtschaften bestand, ist ein einziger Trümmerhaufen. Es war weit über Rumänien hinaus durch die Produktion hervorragender Weine bekannt.

Berufung des Sadisten Lübben. Der vor einigen Tagen vom Schöffengericht Berlin-Charlottenburg wegen verschiedener Sittenverbrechen und gefährlicher Körperverletzung zu neun Monaten Gefängnis verurteilte völkische Regierungsrat Dr. Lübben hat gegen das Urteil Berufung angemeldet. Die gegen Dr. Lübben noch bevorstehende Verhandlung wegen Vergehens gegen die Waffenordnung — Lübben hat am Stölpchensee bei Berlin ein geheimes Waffenlager unterhalten — ist auf den 20. November festgesetzt.

Schmugglerschlacht in der Ostsee. In der Nacht zum Sonnabend kam es bei Jacobstadt in der Nähe der finnischen Küste zu einem schweren Feuergefecht zwischen der Besatzung des schwedischen Spritschmuggelschiffes „Standert" und Beamten der finnischen Zollkommission; ein Schmuggler wurde getötet, vier Mann erlitten Verletzungen. Der Kampf brach in dem Augenblick aus, als die finnischen Zollkontrolleure eines der an das schwedische Mutterschiff angebundenen Boote, mit dem der Sprit an Land geschmuggelt werden sollte, kentern wollten. Der erste Schuß fiel von Seiten der zahlenmäßig weit überlegenen Besatzung der „Standert". Die Beamten der Zollpolizei mußten sich zurückziehen. Erst, nachdem Verstärkung herbeigeeilt war, gelang es ihnen, das betreffende Boot in den Besitz zu nehmen und schließlich die „Standert" zu beschlagnahmen. Sieben Mann der Besatzung wurden verhaftet, die anderen konnten in einem Motorboot rechtzeitig fliehen. Insgesamt wurden 20 000 Liter Sprit beschlagnahmt.

Arbeitsruhe in 2000 Meter Höhe. Erst jetzt wird eine sympathische Geste eines Luftfahrers am Gedenktage des Waffenstillstandes am 11. November bekannt. Der Pilot der Luftlinie Paris—London befand sich gerade in 2000 Meter Höhe in dem Augenblick über Kent, als von allen englischen Sendern zur Erinnerung an den Waffenstillstand zwei Minuten Arbeitsruhe gefunkt wurde. Der Pilot stellte sofort die Motoren ab und ließ die Maschine im Gleitflug weiterfliegen, während die Passagiere die Häupter entblößten und sich von den Sitzplätzen erhoben.

Letzte Nachrichten

(Eigene Funk- und Drahtberichte).

Der Vorsitzende des Marine-Offiziersverbandes begeht Selbstmord.

Berlin, 17. November. (Eig. Funkm.). Im Grunewaldforst hat am Sonntag nachmittag der 56jährige Kapitän zur See a. D. Waldemar Krah Selbstmord verübt. Spaziergänger fanden seine Leiche in einer Schonung im Jagen 76, nahe bei Nikolassee und benachrichtigten die Polizei. Den Browning, aus dem der tödliche Schlafenschuß abgegeben war, fand man noch in der Hand des Toten. In der Augenhöhle war noch das Monokel eingeklemmt. Er hat allem Anschein nach, infolge eines Nervenzusammenbruchs Hand an sich gelegt.

Rüpeleien bei einer Nazi-Demonstration.

Hagen, 17. November. (Telunion). Nationalsozialisten aus Hagen und der weiteren Umgebung veranstalteten am Sonntag einen sogenannten „deutschen Tag". Bei einem Umzug durch die Stadt, an dem mehrere Tausend Nationalsozialisten teilnahmen, kam es an drei Stellen zu schweren Schlägereien, bei denen auch Schüsse fielen. Das Ueberfallkommando griff mit dem Gummiknüppel ein und nahm 30 Verhaftungen vor. Im Marienhospital wurden drei Schwerverletzte, zwei Nationalsozialisten und ein Kommunist, eingeliefert.

Die Wahlen in Polen.

Warschau, 17. November. (Eig. Funkm.). Das Ergebnis der polnischen Sejmwahlen dürfte kaum vor heute abend einigermaßen zu übersehen sein. Die Ergebnisse laufen außerordentlich spärlich ein. So lagen von insgesamt 64 Wahlkreisen am heutigen Morgen um 9 Uhr erst die Ergebnisse von 12 Stimmbezirken vor. Danach erhält die Regierung gegen bisher 15 Mandate 25 Mandate.

Neuer Erdrutsch in Lyon.

Uebersicht über die Grauensstätte im Viertel Fourviere.

Paris, 16. November. (Telunion). In Lyon fand am Sonntag die Beisetzung der ersten vier aus den Schuttmassen geborgenen Todesopfer des Erdrutsches statt. Bei den Aufräumungsarbeiten sind bis jetzt insgesamt 12 Tote, darunter sieben Feuerwehrleute, freigelegt worden. Am Sonntag hatte sich eine unübersehbare Menschenmenge am Ort der Katastrophe eingefunden. Es mußten energische Absperrungsmaßnahmen getroffen werden, um Zwischenfällen vorzubeugen. Da fortgesetzt Regen fällt, befürchten die Sachverständigen, daß der linke Flügel des auf der Anhöhe gelegenen Krankenhauses jeden Augenblick einstürzen kann.

Am Sonntag vormittag ereignete sich ein neuer Erdrutsch, wobei ein weiterer Teil der Stützmauer zusammenbrach. Neue Opfer sind nicht zu beklagen, da man die Gefahr bereits vorausgesehen hatte.

*

Bei den Aufräumungsarbeiten enthüllen sich erschütternde Bilder. So wurde ein beim Rettungswerk getöteter Feuerwehrmann ausgegraben, der die Leiche einer Frau in den Armen hielt. Ein anderer Feuerwehrmann wurde mit einem Strick in der Hand geborgen, an dem ein Mann angeseilt war. Zum Glück ist die Todesbilanz nicht annähernd so groß, wie man kurz nach der Katastrophe fürchtete. Man glaubt jetzt höchstens 30 Opfer beklagen zu müssen. In der Stadt sind die übertriebensten Gerüchte verbreitet. So heißt es u. a., daß die Wohnviertel St. Jean und St. Paul vollkommen vom Erdboden verschwinden würden, da der ganze Hügel ins Rutschen geraten werde. Tatsächlich ist die Gefahr wohl nicht so groß, doch geben die unaufhaltsamen Niederschläge zu ernsten Bedenken Anlaß. In 200 Meter Tiefe soll sich ein mit Wasser gefüllter Hohlraum befinden, dessen Ausdehnung man jedoch vorläufig nicht kennt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301117-16/fragment/page=0003

Sonntag nachmittag entschlief sanft nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, mein lieber Mann, unser herzensguter Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Kaufmann

Arthur Heynemann

im 59. Lebensjahr.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Margarete Heynemann
geb. Kayser
Elisabeth Heynemann
Albert Heynemann
Fritz Heynemann

Halberstadt, den 17. November 1930.

Beerdigung Mittwoch, den 19. Nov., vormittags 11 Uhr, von der Halle des israelitischen Friedhofes.

Kranzspenden und Beileidsbesuche dankend verbeten.

Stadt-Theater

Montag, den 17. November, geschlossen.

Dienstag, den 18. November, 20—23 Uhr
„Viktoria und ihr Husar"
Operette von Abraham (0.80—5.00)

Schlachthof-Freibank Dienstag von 9—11 Uhr
Rindfleisch, roh, 0.50 Schweinefleisch, roh, 0.60

Dienstag, den 18. November
keine Sprechstunde

W. Küttner, Dentist
Breiteweg 34, II / Fernsprecher 1807

Zum Totenfest

Kränze, Kreuze Sträuße usw.

in allen Ausführungen und Preisen bei

W. Bürger Fernsprecher Nr. 2619

Verkauf:
am Friedhof, vor dem Elektrizitätswerk, im Stadtgeschäft, Fischmarkt 12 (Eingang Hoheweg) und in der Gärtnerei, Am Kloster 7—9.

Zum Gedenktage unserer Toten

schmückt deren **Urnen, Grabstätten, Bilder mit Kränzen und Blumen.**

Blumenhaus Adolf W. Bürger
gegenüber der Städtischen Sparkasse

Vom Montag ab bis Totensonntag auch Verkauf am Friedhof.

Zum Totensonntag

liefert **Kränze, Kreuze,**
sowie **Wald-Sträuße** billigst

Aug. Dohmeyer Gartenbaubetrieb
Burchardianger 3, Zweiggeschäft: Seydlitzstr. 48

Zum Toten-Fest

empfiehlt alle Sorten
Moos- u. Wald-Kränze, Kreuze sowie **Sträuße**
in großer Auswahl, zu bekannt billigen Preisen

Dorothee Michaelis Schuhstr. 52.

Achtung!

Empfehle mich zum Totenfeste wieder mit

Kränzen, Kreuzen und Sträußen

wie bekannt zu billigen Preisen. Ich stehe an der **Gröperstraße, Gröperbrücke** (auch Pferdewasser gen.)

Frau Anna Gerolsky
auch Moritzplan 2. Verkauf ab Montag.

Zum Totensonntage

empfiehlt **Kränze, Kreuze** sowie **Wald**sträuße zu billigen Tagespreisen.

Rudolf Frühauf, Göddenstr. 22
Markthalle (Blumenstand)
Der **Verkaufsstand Spiegel- und Sedanstraße-Ecke (Garten)**

Zum Toten-Feste

empfehle in großer Auswahl
Kränze, Kreuze und Grab-Sträuße
zu soliden Preisen

H. Timmroth, Gartenbaubetr.
sowie Stand vor dem Elektrizitätswerk.

Großer Preis-Abbau

Zwei Beispiele von Vielen

Damen-Lack-Pumps 6.75
sehr elegant . . . .

Damen-Ueberschuhe 6.25
in vielen Farben und Ausführungen, auch in **Vollgummi,** zum Knöpfen

Kommen Sie zu uns und überzeugen Sie sich, noch nie kauften Sie so billig!

Schuhwaren- u. Sportgeschäft
„MERKUR"
nur Hoheweg 42

Das Angenehme mit dem Nützlichen verbunden
Im Köstritzer Schwarzbier ist's gefunden.

Naturheilverein Halberstadt.

WERBE-VORTRAG

Freitag, den 21. November 1930, 20 Uhr, in Wehrstedt's Restaurant, Fischmarkt.
Vortrag über:
„In 4 Wochen nicht mehr nervös!"
Vortragende: Frau Martha Scherz-München.
Mitglieder und Gäste sind herzlichst eingeladen.
Eintrit frei! Der Vorstand.

ELYSIUM

Heute Montag, 20 Uhr, letzter Abend des auch hier mit Riesen-Beifall aufgenommenen Programms, mit größter Bühnen-Sensation

Der Todes-Fahrer im Löwenzwinger

Kartenvorverkauf: Krüger & Oberbeck und Abendkasse.

Eine Wette!

Ein Halberstädter Bürger, der nicht genannt sein möchte, will heute abend auf Grund einer Wette zwischen den beiden großen Löwen mit demjungen spanischen Dompteur 1 Flasche Sekt trinken. Der Käfig hat nur 4 m Durchmesser Die Wette kommt unbedingt zum Austrag. An der Abendkasse kein Preiszuschlag.

Arbeiter-Wohlfahrt
Ortsausschuß Halberstadt.

Am 22. November 1930, abends 8 Uhr, veranstaltet die **Arbeiterwohlfahrt** im Saale des **„Elysium"** einen

Bunten Abend

Mitwirkende: Mitglieder des Deutsch. Musiker-Verbandes, Gesangverein „Sängerbund", Arb.-Turnverein „Freiheit", Arb.-Radfahrerverein „Solidarität", Ringsportverein und Arbeiter-Schwimmverein „Wasserfreunde".

Kassenöffnung 7 Uhr.

Programme zu 30 Pfennig und 1 Mark sind zu haben in allen Konsumverkaufsstellen u. bei Otto Bollmann, Bakenstr.

Der Reinertrag wird zum Besten der Erwerbslosen, Sozialrentner u. anderer hilfsbedürftiger Einwohner Halberstadts verwandt.

Kirchliche Nachrichten.

Am Buß- und Bettage, den 19. November 1930 werden predigen:

Domkirche: 9.30 Uhr, Domprediger Lange. 17 Uhr, Superintendent D. Brinckmann. 9.30 und 17 Uhr, Abendmahlsfeier. **Garnisonkirche:** 10 Uhr, Militärgottesdienst mit Feier d. h. Abendmahls, Pfarrer Wätzold. **Liebfrauenkirche (ref.):** 9.30 Uhr, Hofprediger David, Abendmahl. 17 Uhr, Pfarrer Moeseritz, („Der moderne Mensch und Buße?") Abendmahl. **Martinikirche:** 9.30 Uhr, Oberpfarrer D. Horn, Abendmahl. 17 Uhr, Pfarrer Knopf, Abendmahl. **Moritzkirche:** 9.30 Uhr, Pfarrer Gebauer, Abendmahl. 17 Uhr, Pfarrer Friedendorff, Abendmahl. **Johanniskirche:** 9.30 Uhr, Pfarrer Schulz, Abendmahl. 17 Uhr, Pfarrer Sänger, Abendmahl. **Ev. Gefängnis-Gottesdienst:** 9 Uhr, Pfarrer Knopf.

Naverma
Wurstwaren preiswert!
Rotwurst 1 Pfd. nur 80 Pf.
Leberwurst 1 Pfd. nur 80 Pf.
FF. Mettwurst ca. ¼ Pfd. nur 38 Pf.
Plockwurst 1 Pfd. nur 160 Pf.
Bratenschmalz 1 Pfd. nur 84 Pf.
Naverma

Schneiderlehrling
sofort gesucht.
Walter Schmidt, Roonstr. 4.

PELZ
-Besatz, -Kragen, Füchse etc.
gute Auswahl.
Niedrige Preise.
E. Schramm
Dominikanerstr. 9.

Kinderwagen
sehr gut erhalten, billig zu verkaufen. **Bödcherstr. 1 II.**

Spottbillig!
1a Buschrosen in besten Sorten
1a Schattenmorellenbüsche
Musäpfel 10 Pfd. 75 Pf.
Grünkohl 10 Pfd. 50 Pf.
Krankenhagen
Huychaussee 28

Hochtöniger
Gleichstrommotor
220 Volt, nicht unter 1/5 PS. für Kinozwecke, gebraucht zu kaufen gesucht. Eilofferten unter O. 657 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Präpar. Viehlebertran
Vieh-Lebertran-Emulsion
Rats-Apotheke.

Möbelpolitur
Rats-Apotheke.

Ein gut erhaltenes
Plüsch-Sofa
zu verkaufen.
Moltkestraße 65, part.

Weltstimmen
Die große Monatsschrift für jeden Bücherfreund
Weltstimmen

Jedes Heft 90 Pfennige
FRANCKH'SCHE VERLAGSHANDLUNG, STUTTGART
Probehefte und Prospekte von
Volksbuchhandlung
„Halberstädter Tageblatt"

Tapeten, Farben, Lacke,
Schlemmkreide, Sikkativ, Terpentin, sowie alle Bedarfs-Artikel kaufen Sie billigst bei
Willi Behrens, jetzt Hoheweg 47.

Fische blutfrisch und billig!

Schellfisch ohne Kopf, Pfd. 25 Pf., **Seelachs,** ohne Kopf, Pfd. 30 Pf., **Rotbarsch** ohne Kopf, Pfd. 40 Pf., **Kabeliau** ohne Kopf, Pfd. 35 Pf., **Filet,** schneeweiß, ohne Haut und Gräten, Pfd. 45 Pf., **Bücklinge,** Pfd. 40 Pf.
alles andere zum billigsten Tagespreis.
Verkauf: Dienstag und Freitag, Breiteweg 52, Toreinfahrt.

Fisch-Jürgens Wesermünde Fischereihafen

Billige Hauswäsche
Viele Tausend weiße Mehlsackstoffe
Preis per Stück 78 Pfg.

Diese Mehlsackstoffe sind fehlerfrei, ohne Schrift und Farbaufdruck und eignen sich vorzüglich für jegliche Art Hauswäsche auch Bettlaken, Vorhänge usw. Prima schneeweiße Ware. Unzerschnitten in einer Länge. Versand direkt an Private nicht unter 10 Stück. Bei 30 Stück Porto und Verpackung frei. Versand erfolgt per Nachnahme.
Garantie: Rücknahme bei Nichtgefallen.

Bremer Großhandelshaus, Bremen,
Postfach 822.

Neben Solchem, und allem, allem, allem, was ich sah, ging ein Tonfilm dieser Tage mir am tie sten: Weil er das Gesicht des Krieges für Nichtteilnehmer am rüdesten entblößt! Es ist der Tonfilm „Westfront 1918".

Der Eindruck übertönt Wochen, Monate. Man sollte das an jedem Neujahrstage vorführen, einmal an jedem Jahresbeginn, in jeder Stadt, in jedem Dorf, in jed. Schule: von Amtswegen durch Gesetz! Was sind da dagegen Theaterstücke?

so schrieb Dr. Alfred Kerr im Berl. Tagebl. über

den stärksten und gewaltigsten aller Tonfilme

Westfront 1918

bearbeitet nach dem, von Millionen gelesenen Roman **„Vier von der Infanterie"**

Festliche Premiere:
Mittwoch (Bußtag)
nachmittag 8 Uhr

LICHTSCHAU LSH SPIELHAUS
Spiegelstraße 7—8 Fernruf 1858

Ernst Johannsen

Westfront 1918

Vier von der Infanterie

ist **das Buch,** nach dem der **Tonfilm** hergestellt wurde. Aufführung demnächst im Lichtschauspielhaus

Aber vorher müssen Sie das Buch lesen!

Preis: **2.80** RM.

Buchhandlung
„Halberstädter Tageblatt"

Volksfürsorge

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft
Hamburg 5.

Größte Volksversicherungsgesellschaft Deutschlands

Gegenwärtig rund 2,1 Millionen Versicherte mit
870 Millionen RM. Versicherungssumme,
115 Millionen RM. Vermögen, davon
Eigentum der Versicherten:
über 80 Millionen RM. Prämienreserve,
über 20 Millionen RM. Gewinnanteile,
zusammen **über 100 Millionen RM.**
Versicherungsleistungen: 11 Millionen RM. seit November 1923 (Ende der Inflation).

Nähere Auskunft erteilen die Rechnungsstellen:
Magdeburg, Hafenstraße 15 b
Quedlinburg, Klopstockweg 46-48 oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg, An der Alster 57/61.

Oschersleben.

Metall-Bettstellen

für Erwachsene und Kinder, **Arnold-Fabrikate,** beste Deutsche Wertarbeit, empfehle preiswert in großer Auswahl unter günstigen Zahlungsbedingungen.

Hermann Schneider, Eisenwarenhandlung,
Oschersleben.

Quedlinburg.

Städtische Mittelschule Quedlinburg.

Die Voranmeldungen der **auswärtigen** Grundschüler und Grundschülerinnen werden **vom 17. bis 22. November** 1930 auf dem Amtszimmer, Moltkestraße 10, **von 11 bis 12 Uhr** entgegengenommen.

Wehner, Mittelschulrektor.

Wernigerode

Die Lüttgenfeldstraße wird wegen Kanalisationsarbeiten vom Dienstag, den 18. ds. Mts. ab, bis auf weiteres für den Verkehr gesperrt.

Wernigerode, den 14. November 1930.
Die Polizeiverwaltung. Dr. Gepel

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301117-16/fragment/page=0004

1. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 270 — Montag, den 17. November 1930 — 5. Jahrgang

Konferenz des A.D.G.B

S. **Halberstadt**, 17. November.

Am Sonntag fand im Gewerkschaftshaus eine Konferenz des Unterbezirks Halberstadt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bundes statt. In der Sitzung spielte neben Fragen rein gewerkschaftlicher Natur vor allem auch die hohe Politik eine große Rolle. Immer mehr drängt sich eben die enge Verbundenheit von Politik und Wirtschaft in den Vordergrund, denn dafür, daß die politische Zusammensetzung des Reichstages und der Regierung sich stets wieder auf die Tarifverträge und die Lohnhöhe der Arbeitnehmer auswirkt, zeigt am besten die heutige Zeit.

Die Konferenz war besucht von 5 Delegierten aus Halberstadt, 1 Delegierten aus Hadmersleben, 2 Vertretern von Thale, 5 Vertretern von Quedlinburg, 5 Vertretern von Harzgerode, 5 Vertretern von Osterwieck, 8 Vertretern von Oschersleben, 4 Vertretern von Wernigerode. Die Delegierten nahmen zunächst den

Jahres-Bericht

des Kollegen Wolf entgegen. Er führte an, daß das Zusammenarbeiten der 12 Ortsausschüsse im Unterbezirk stets ein gutes war. Zum Unterbezirk gehörten 22 000 Gewerkschaftler. Sehr ausführlich verbreitete sich Koll. Wolf dann über das Bildungsprogramm, das der Unterbezirk in Halberstadt durchgeführt hat. Noch in aller Erinnerung dürften die vorzüglichen Vorträge sein, die in der Aula der Deutschen Mädchen-Oberschule gelegentlich dieses Bildungslehrganges stattfanden, welche den Funktionären sehr viel Neues brachten und das Wissen eines jeden Teilnehmers außerordentlich bereicherten. Ein Rekord stellte die Besucherzahl dar. Rund

2100 Funktionäre aus dem ganzen Unterbezirk nahmen an diesem Lehrgang teil.

Durch das Aufziehen dieses Lehrganges als einer Arbeitsgemeinschaft sei, führte Wolf weiter aus, ein inniger Kontakt hergestellt worden zwischen Vortragendem und Zuhörern. Wichtig sei natürlich die Frage der Finanzierung gewesen. Der Bezirk habe für die Durchführung einen Zuschuß zur Verfügung gestellt, während die übrigen Gelder durch die Ortsausschüsse und Gewerkschaften selbst aufgebracht werden mußten. Leider habe der Bezirk angekündigt, daß in diesem Jahre der Zuschuß nicht in der vorjährigen Höhe fließen könne. Sehr viel Zeit habe dann der Einspruch gegen die Zusammensetzung der Gesellenausschüsse in Anspruch genommen. Es gehe nicht an, daß diesen Ausschüssen als Gesellen Leute angehören, die schon seit Jahren selbständig seien. Leider ließe sich aber kaum für die letzige Periode noch etwas ändern. Eine andere Frage, die eine Rolle spielte, sei die Stellung der Arbeitsrichter. Man könne annehmen, daß die betreffende Behörde in Halberstadt hiesige Arbeitsrichter vorziehen werde, um so die Kosten der Fahrt zu sparen. Auch die Liste der Landesarbeitsrichter sei zur Zufriedenheit aufgestellt worden. Der Bezirk habe mitgeteilt, daß alle die Vorschläge von Quedlinburg, Oschersleben, Halberstadt und Aschersleben nach Möglichkeit berücksichtigt werden sollten. Im Laufe des Berichtsjahres habe man auch einen anderen wesentlichen Schritt getan. Das sozialdemokratische Halberstädter Tageblatt sei zum Publikationsorgan der freien Gewerkschaften erklärt. Es liege nun an den Gewerkschaften selbst, durch aktive Teilnahme das Halberstädter Tageblatt wirklich zu einem Sprachrohr der Gewerkschaften auszugestalten. Alle Gewerkschaften aber müßten sich außer dieser Aufgabe noch eine viel stärkere Aktivität zum Ziel setzen. Groß sei noch das Heer der Unorganisierten. Daß Erfolge auf diesem Gebiet zu erzielen seien, beweise die erfolgreiche Tätigkeit mancher Gewerkschaft. Festzustellen sei, daß leider sehr viele unserer tüchtigsten Funktionäre seit Jahren arbeitslos seien, vielleicht erst infolge ihres Eintretens für die freien Gewerkschaften. Trotz aller Belastungen hielten sie aber den freien Gewerkschaften die Treue. Notwendig sei es auch, sich zu einem politischen Standpunkt zu bekennen, wie es vom Hauptvorstand zum 14. September erfolgt sei. Ausführlich schilderte Genosse Wolf, weshalb das notwendig sei, indem er die engen Zusammenhänge zwischen hoher Politik, Sozialfürsorge und Lohnhöhe eingehend darlegte. Im Zusammenhang hiermit wies er auf die Nationalsozialisten hin. Es sei falsch, einen Gegner zu unterschätzen. Mit aller Gewalt müßte man diesem Treiben entgegentreten. Seiner Auffassung nach hätte man auch nie in das Horn auf Gehaltsabbau blasen dürfen, weil der Gehaltsabbau nur der Vorwand war für den Lohnabbau. Von einem Abbau der in der Industrie gezahlten hohen Gehälter für Direktoren usw. habe man nie etwas gehört. Aus diesen Tatsachen müsse man lernen. Es gelte, die Betriebsfunktionäre zusammenzufassen. Alle Monat einmal müsse man die Betriebsfunktionäre zu einer Betriebskonferenz zusammenberufen. Auch in der Jugendfrage müsse mehr Aktivität gezeigt werden. Vor allem sei es notwendig, gegenüber den Jugendlichen den richtigen Ton zu finden. Das habe man auch bei der Gestaltung von Jugendversammlungen zu berücksichtigen.

In der

Diskussion

sprach zunächst Otto-Wernigerode. Er verbreitete sich über die Pressefrage und den Lohnabbau. Köhlert-Quedlinburg billigte das Bildungsprogramm des Vorjahres, fand aber die Kosten zu hoch. Alle Gewerkschaftler müßten, wo das Tageblatt Publikationsorgan der Gewerkschaften sei, auch diese Zeitung lesen. Bock-Oschersleben warnte, sich von den Nationalsozialisten gegen die eigenen Führer aufputschen zu lassen. Er schlug dann vor, die Bildungslehrgänge in anderer Form stattfinden zu lassen, vielleicht in den einzelnen Orten, damit nicht nur die Funktionäre, sondern ein größerer Kreis teilnehmen kann. Sachtleben-Osterwieck verbreitete sich ebenfalls über die Pressefrage und gab den Ausführungen Ottos einige Richtigstellungen. Willing-Halberstadt, der der Tagung als Vorsitzender vorstand, sprach über Zusammenhänge zwischen Lohnabbau und Notopfer der Partei- und Gewerkschaftsangestellten. Wolf-Halberstadt wies nochmals eingehend auf die Kraft der Presse hin. Nur dem Umstande, daß noch viele Arbeiter die bürgerliche Presse lesen, sei der schlechte Ausfall der letzten Wahl zuzuschreiben. Einen längeren Raum der Beratung nahm dann

die Arbeit des kommenden Jahres

ein. Hier gingen die Ansichten erst sehr weit auseinander. Alle hielten das, was im vorigen Jahre der Unterbezirk in Halberstadt durchführte, für gut. Nur wurde immer wieder auf die finanziellen Schwierigkeiten hingewiesen. Diese bestimmten dann auch eine Aenderung des vom Vorstand vorgetragenen Programms, der einen ähnliche Vortragsreihe wie im vorigen Jahre wieder durchführen wollte. Die vorgesehenen Redner und Themen fanden die Zustimmung der Versammelten. Danach soll sprechen Naphtalin über „Wirtschaftspolitik", Tarnow über „Wirtschaftsdemokratie", Herre über „Religion und Arbeiterklasse", Engelbert Graf über die „Wirtschaftslage Rußlands" und vielleicht auch Baade über „Agrarpolitik". Im nächsten Jahre soll aber nicht in Halberstadt eine Vortragsreihe steigen, sondern jeder Ortsausschuß soll verpflichtet sein, selbst ein Bildungsprogramm durchzuführen. Jeder Ortsausschuß übernimmt auch die Kosten für diesen Kursus selbst. Die Referenten für diese Lehrgänge der Ortsausschüsse besorgt der Unterbezirksvorstand. Für kleinere Ortsausschüsse, denen die Verpflichtung eines bekannten Wissenschaftler aus finanziellen Gründen nicht möglich ist, sollen als Referenten Kollegen aus dem Unterbezirk selbst wirken. Diese Regelung wurde einstimmig angeheißen.

Dieselbe Einmütigkeit zeigte sich auch bei der

Neuwahl des Vorstandes.

Einstimmig wurden folgende Kollegen in den Vorstand delegiert: Von Halberstadt Backsmann, Willing, Wolf und Römmert, Frensel (für die Jugend), dann Wollenhaupt-Ilsenburg, Dietrich-Harzgerode, Weschke-Thale und Bock-Oschersleben.

Dem Vorstand wurde von der Konferenz noch aufgegeben, zu prüfen, ob es nicht angebracht ist, die Unterbezirkskonferenzen in Zukunft in den verschiedenen Orten, an denen Ortsausschüsse sitzen, abzuhalten. Einen längeren Raum der Verhandlung nahm auch die Frage der Aufbringung der Unkosten in Anspruch. Auch hier soll der Vorstand einen Ausweg suchen und evtl. mit dem Bezirksausschuß in Verbindung treten.

Zum Schluß wies ein Kollege aus Oschersleben noch auf die schwere Gefahr hin, die den Tabakarbeitern durch die Zollerhöhung der Regierung von 80 auf 240 Mk. pro Doppelzentner bedroht und bat, die Protestversammlungen der Tabakarbeiter, die durch diese Heraufsetzung zu 50 Prozent arbeitslos würden, zu unterstützen.

Treffen des Reichsbanners.

Die Ortsgruppen Halberstadt, Wehrstedt, Wernigerode, Quedlinburg und Thale geben sich ein Stelldichein.

wk. **Halberstadt**, 17. November.

Ein herrlicher, sonniger Herbstsonntag. In den Thekenbergen wird es lebendig. Aus allen Richtungen trafen Reichsbannertrupps ein. Aus dem Süden marschierten die Ortsgruppen Thale und Quedlinburg auf. Bernigerode kam mit mehreren Lastkraftwagen und Halberstadt und Wehrstedt rückten gegen acht Uhr auf das Gelände an den Thekenbergen. Der Marschweg bot ein buntes Bild: Fahnen, marschierende Kolonnen, Radfahrer, Musik und zuletzt Proviantwagen und Gulaschkanone. Auch die Arbeitersamariter mit ihrem weißhin sichtbaren Abzeichen folgten den Marschierenden. „Was ist denn los?" So fragen Uneingeweihte. „Das Reichsbanner macht ein Geländespiel!" lautet die Antwort. Unsere Reichsbannerkameraden marschierten mit großer Lust und in Erwartung der Dinge, die da vorgesehen waren. Inzwischen waren die Ortsgruppen Quedlinburg und Thale über Westerhausen eingetroffen und trafen sofort alle Vorbereitungen zur Beteiligung am Geländespiel, das sich auf einem interessanten Gelände mit Wald gegen die Ortsgruppen Wehrstedt, Halberstadt und Wernigerode abspielen sollten. Die disziplinierten Trupps der Quedlinburger und Thalenser hatten eine sehr günstige Position, die ihnen nur schwer hätte genommen werden können. Ihnen kamen die Vorteile des Geländes in jeder Weise zustatten, so daß das Spiel mit einer Niederlage der Gruppe Wehrstedt-Wernigerode-Halberstadt endete. Zahlreich waren auch die Zuschauer, die den Vorgängen folgten. Ein allgemeines Schluß-Signal führte alle Teilnehmer an der Südost-Spitze des ehemaligen Exerzierplatzes zusammen. Es wurde von den Führern die einzelnen Phasen des Spiels noch einmal erörtert. Allgemein wurde dabei festgestellt, daß das Spiel ohne jeden Mißklang durchgeführt worden sei.

Im Anschluß an diese Besprechung nahm der Gauvorsitzende, Kamerad Ernst Wille-Magdeburg, das Wort zu einer Ansprache, in der er darauf hinwies, daß das Reichsbanner wegen der gespannten Situation eine besondere Aktivität und Wachsamkeit zeigen müsse. Vor einer Woche, so führte Kamerad Wille weiter aus, jährte sich der Tag, an dem die Männer des früheren Regimes die Flucht ergriffen und den deutschen Staatskarren im Dreck stehen ließen. Männer des Volks, unsere Gesinnungsfreunde, waren es, die das Staatsruder in die Hand nahmen und in den Jahren von 1918 bis 1930 große Leistungen vollbrachten. Sie haben alles versucht, die Dinge zu meistern und wurden aber bei ihrer Aufbauarbeit durch die Zerstörungswut der Reaktion aufgehalten. Wenn auch die Republikaner für ihre Arbeit nicht Dank erwarten, so glauben sie doch, daß ihnen die Anerkennung nicht dauernd versagt werden kann. Das Reichsbanner kämpft Schulter an Schulter mit den Organisationen der Arbeiterschaft um die Erhaltung und den Ausbau der deutschen Republik. Wenn der 14. September den Republikanern eine Niederlage gebracht hat, so ist das noch lange kein Grund zur Resignation. Eine Schlacht verloren, ist noch lange nicht alles verloren. Aber die Republikaner müssen jetzt wachsam sein. Es genügt nicht, daß sie sagen: „Uns kann nichts passieren; wenn es nottut, dann sind wir zur Stelle!" Wir dürfen uns von den Ereignissen nicht überraschen lassen, sondern müssen immer marschbereit und marschfertig sein. Alle Republikaner müssen wach getrommelt werden, um die nationalsozialistische Welle aufzuhalten und zurückzuschlagen.

Kamerad Wille dankte noch den Arbeitersamaritern für ihre Mitwirkung bei diesem Geländespiel und schloß seine Ansprache mit einem dreifachen „Frei Heil," in das alle begeistert einstimmten.

Nun nahm die Mittagspause ihren Anfang. Die Reichsbannerkameraden stillten ihren Durst und waren hocherfreut, als die dampfende Gulaschkanone anrückte. Es erlangte ein sehr schmack-

Stadttheater Halberstadt.

Uraufführung:

„Abschied von der Liebe", ein Spiel von Hans Kyser.

Erst in den letzten zwei Jahren hat Hans Kyser als Dichter wieder von sich reden gemacht. Man muß aber wissen, daß er als Autor schon einmal einen Namen hatte und dann plötzlich im Film untertauchte, um ein volles Jahrzehnt stille, nur hier und da besonders anerkannte und hervorgehobene Arbeit zu leisten. Vielleicht ist bei dem 50jährigen Westpreußen jetzt wieder der Drang zur Sprechbühne stark und groß geworden, nachdem er Anfang 1929 mit dem Schauspiel „Columbus" einen anspornenden Erfolg erzielte. Kyser stellt den Columbus als einen von seiner Idee besessenen Mann dar, der einen neuen Weg nach dem Westen um die runde Erdkugel findet und zum Entdecker eines neuen Erdteils wird, der nach dem schönredenden Reisefschriftsteller den Namen „Amerika" erhält. Kyser bringt uns das geschichtliche Schicksal sehr nahe: der Mann, der sich für eine Idee mit dem Leben einsetzt, wird um allen äußeren Lohn geprellt. Aber tun wir noch einen Blick in die Zeit vor dem Kriege, wo Kyser mit einigen Werken hervortrat. Da ist zuerst ein Schauspiel „Medusa" (1911) zu erwähnen. Ferner schrieb er 1914 ein Schauspiel, dessen Titel ein wenig Aehnlichkeit mit dem des jetzt in Halberstadt uraufgeführten Spiels hat. Es heißt „Die Erziehung zur Liebe" und paßt sich mit seiner Handlung so ziemlich an den „Abschied der Liebe" an. Beide Stücke bringen Liebesgeschichten zwischen im Alter sehr verschiedenen Personen. In der „Erziehung zur Liebe" sehen wir einen Abiturienten, der dicht vor seinem Examen steht. Er wohnt bei seinem Professor. Dieser Junge, welthungrig und gärenden Blutes, fliegt auf die etwa 38jährige Frau seines Lehrers und sie auf ihn. Ein Rausch ungeleiteter Naturen, der zur Katastrophe führen muß. Es ist eine — man kann wohl fast das Wort gebrauchen — Dedipoussade, ein bürgerliches Schauspiel mit einer eigenartigen, aber psychologisch scharf aufgebauten Handlung, für die damalige Zeit etwas reichlich kühn. Hans Kyser hat im Jahre 1917 ein Schauspiel „Charlotte Stieglitz" herausgebracht, wohl sein stärkstes Drama. Charlotte Stieglitz hat tatsächlich gelebt und ist kein Phantasieprodukt des Dichters. Ihr Opfertod am 29. Dezember 1894 erregte ungeheueres Aufsehen, weil es sich um eine zweifellos seltene Tat handelte. Charlotte Stieglitz erstach sich nämlich mit einem Dolch, um die fragwürdige dichterische Begabung ihres Mannes, Heinrich Stieglitz, durch ein furchtbares Ereignis zu steigern. Er war ihrer nicht wert, brachte es auch nicht zu besonderen Leistungen, so daß ihr tragischer Tod — darüber gab es einen langen Streit und lebhafte Auseinandersetzungen — eigentlich nutzlos war. Karl Gutzkow, Th. Mundt und der Philologe Böckh haben zum Freitod Charlottes Stieglitz Stellung genommen — Böckh meinte sogar, Charlotte Stieglitz wäre eine „neue Alkeste" — und haben sie in ihren Werken verwendet. Kyser hat hier Versuche gemacht, Seelen zu erkennen, zu entblößen und zu gestalten. Er setzt diese Versuche auch in seinem neuen Stück „Abschied von der Liebe" fort. Auf die Aehnlichkeit mit dem früher entstandenen Schauspiel „Die Erziehung zur Liebe" ist schon hingedeutet worden. Es finden sich zuerst auch hier Personen ungleichen Alters. Ein Baron Rosenius, ein Diplomat und Dichter im 60. Lebensjahre, wird von einem neunzehnjährigen Mädchen, von Marie-Luise von Spiegel, umworben. Das junge Mädchen sucht ihn nach einem Briefwechsel auf und Rosenius liebt das Mädchen. Er fühlt sich wieder jung. Da platzt sein Neffe mit der Nachricht herein, daß die Schauspielerin Sanden, eine Jugendgeliebte des Barons, sich auf dem Wege zu ihnen befände. In diese in vorgerückten Jahren stehende, aber immer noch begehrenswerte Frau hat sich der Neffe verliebt. Es beginnt nun ein Spiel mit der Liebe, ein Spiel zu Vieren, das mit der Niederlage des Barons endet. Er nimmt Abschied von der Liebe.

Hans Kysers Stück ist keine aufregende Sache mit blendenden Effekten, sondern ein Fangballspiel mit der Liebe, bei dem niemand körperlich Schaden nimmt; denn daß ein Sechzigjähriger Abschied von der Liebe nimmt, kann nicht so sehr erschüttern, weil er es ja in seinem langen Leben versäumte, sich eine Liebe zu sichern. Gewiß hat das Stück einen interessanten Aufbau, es bringt aber seltene Einzelschicksale, die allgemein nicht interessieren, zumal sie noch etwas matt aufgezeichnet sind. Wir gestehen offen, daß uns Kysers neuer Versuch, sich auf der Bühne zu behaupten, nicht besonders geglückt erscheint.

Gewöhnlich werden den Uraufführungen großes Interesse entgegengebracht. Man kann nicht davon sprechen, daß dieses Interesse dem Stück Kysers gegenüber gezeigt worden wäre. Die Aufführung unter der Regie von Dr. Edgar Groß bewegte sich in einem mittleren Rahmen, bei dem vor allem eine stärkere Betonung der Männerrollen zu verzeichnen war. Harry Langewisch gab den Baron Rosenius in geistvoller und feröser Art und Kurt Fischer-Fehling bot als Karl Thorbeck einen jungen und vielfachen Stimmungen unterworfenen Mann, dem Liebe stets ein Hauptwort ist. Beide Darsteller fanden den richtigen Grad des Temperaments; in Langewisch's Spiel lag etwas Ueberlegenes. Für die Rolle der Marie-Luise von Spiegl brachte Anni Hart nicht die volle Eignung und die richtige Einstellung mit. Glücklicher dagegen operierte Hede Larsen als Hermine Sanden, die sie als eine lebenserfahrene sympathische Frau darstellte. Wilhelm Kürten spielte den Kammerdiener Paul mit guter Maske und sparsam in Geste; er gestaltete diese für das Stück nicht ganz unbedeutende Person durch eine sorgfältige Charakterisierung recht gut. Auch Dienerrollen müssen gut gespielt werden.

Das Publikum nahm eine abwartende Haltung ein, sah sich am Schlusse ein wenig getäuscht, setzte mit dem Beifall erst nur sporadisch ein und dankte dann wohl in erster Linie für die Darstellung. Kysers Stück wurde zu gleicher Zeit an mehreren Bühnen aufgeführt. Es soll noch vermerkt werden, daß in letzter Zeit mehrere deutsche Bühnen es ablehnten, Uraufführungen mit anderen Theatern zusammen herauszubringen. Sie erklärten, eine erste Aufführung eines Stückes an mehreren Bühnen zugleich sei ein Unding und benge den Sinn, den das Wort Uraufführung besitze. So las man es kürzlich. Hoffentlich schließen sich alle Theater dieser Auffassung an und räumen mit einem Geschäftsgebaren auf, das sich erst in den letzten Jahren einbürgerte.

wk.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301117-16/fragment/page=0005

haftes Essen — an Fleisch fehlte es wahrlich nicht — zur Ausgabe. Gegen 14 Uhr erfolgte der Aufbruch der Gruppen. Die Thalenser und Quedlinburger rückten nach Westerhausen, wo eine republikanische Kundgebung stattfand; die Halberstädter und Wehrstedter Kameraden zogen unter Vorantritt ihrer Spielerkorps nach Halberstadt, wo sie kurz nach 15 Uhr in bester Stimmung eintrafen. Die Beteiligung an diesem Geländespiel war außerordentlich gut. Allgemein war man der Ueberzeugung, daß ein öfteres Zusammentreffen der Ortsgruppen für die Bewegung nur von größtem Nutzen sein könne. Es verdient noch vermerkt zu werden, daß auch führende Reichsbannerkameraden aus den Nachbarstädten mit erschienen waren. Eine Führerkonferenz, die in nächster Zeit stattfinden soll, wird sich vor allem mit der Frage des Zusammenarbeitens der Ortsgruppen bei ähnlichen Gelegenheiten befassen. —

WERNIGERODE

Gedenktage.

17. November.

1624 †Philosoph Schuhmacher Böhme. — 1776 *Historiker Fr. Chr. Schlosser. — 1917 †Französischer Bildhauer Auguste Rodin. — 1917 Aufstand in Finnland. Regierung der Sozialdemokratie. — 1918 Proklamierung der Republik Ungarn. — 1924 Rücktritt des österreichischen Bundeskanzlers Seipel. Folgt Ramek. — 1927 †Ad. Joffe-Moskau (Freitod).

Wirtschaftskrise und Konsumverein.

Die katastrophale Rückwärtsentwicklung der örtlichen Industrie, des Handels und Gewerbes in dem letzten Jahre haben selbstverständlich auch in der Entwicklung unseres Konsumvereins ihre Schatten hinterlassen.

In der Sonnabend abend im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Generalversammlung der Konsum- und Spargenossenschaft für Wernigerode und Umgegend, die über Erwarten gut besucht war, erstattete der Geschäftsführer Gen. Salzwedel den Geschäfts- und Kassenbericht, der neben manchem Erfreulichen auch die harten Tatsachen von der schlechten Wirtschaftslage zum Ausdruck brachte. Die verstärkte, geradezu trostlose Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Verbreitungsgebiet der Genossenschaft hat sich auch auf die Wirtschaftslage derselben ausgewirkt. Wenn trotzdem von einer nicht unerheblichen Umsatzsteigerung gegenüber dem Vorjahre um zirka 30 000 M berichtet werden kann, so zeigt das die gesunde Ausbreitung des genossenschaftlichen Gedankens. An der Umsatzsteigerung ist in erster Linie die Verteilungsstelle: Große Dammstraße mit zirka 11 000 M und die Verteilungsstellen Steingrube und Ilsenburgerstraße mit je 10 000 M beteiligt. Auch Hasserode und Beckenstedt sind an der Steigerung beteiligt und nur die Verteilungsstelle Stapelburg zeigt einen Stillstand der Entwicklung.

Die Sparkasse der Genossenschaft weist ein Mehr von beinahe 11 000 M auf, trotzdem das System der Sparmarken sich nicht so entwickelt hat, wie das wünschenswert gewesen wäre. Aber auch die Geschäftsguthaben der Mitglieder sind trotz der wirtschaftlich schlechten Zeit um 2 693.72 M gestiegen.

Im Laufe des Geschäftsjahres ist eine Modernisierung einzelner Verteilungsstellen vorgenommen worden, welche von den Mitgliedern sehr begrüßt wurde. Bei der Bilanz fallen die hohen Außenstände auf, die der Geschäftsführer zum Anlaß nahm, erstlich die Mitglieder zu ermahnen, das Bargeldgeschäft nicht zu vernachlässigen. Zur Verteilung kommen 1 282.08 M, nachdem den einzelnen Fonds Auffüllungen zuteil geworden sind. An Mitgliederrabatt sind 15 108.47 M eingesetzt. Bei der Gewinn- und Verlustrechnung wird der Unkostensatz mit der Ortslage und der Säumigkeit vieler Mitglieder begründet. Die Abschreibungen auf: Grundstück, Inventar und den angeschafften Lastkraftwagen sind entsprechend vorgenommen worden. Gen. Salzwedel schließt seinen Bericht mit dem Hinweis, daß im abgelaufenen Geschäftsjahr der Umsatz das erstemal die 3/4 Million überstiegen habe. In den 59 Jahren des Bestehens habe sich der Umsatz von 40 000 auf 258 000 M gehoben. Das wäre ein Zeichen für die fortschreitende Entwicklung des Genossenschaftsgedankens. Wenn auch in diesem Jahre die Freude in Anbetracht des nahenden 60jährigen Bestehens der Genossenschaft durch die Wirtschaftslage getrübt sei, so müsse es jetzt erst recht heißen: „Nur mit und durch unsere Genossenschaft, vorwärts und aufwärts!"

Anschließend gab Gen. Kabelitz den Bericht des Aufsichtsrats und hob hervor, daß Vorstand und Aufsichtsrat sich im Laufe des Jahres entschlossen hätten, in Hasserode ein weiteres Grundstück günstig zu erwerben, wozu er noch nachträglich die Zustimmung der Generalversammlung erbitte. Aus Anlaß der Angriffe eines nationalsozialistischen Stadtverordneten (Winnig) in der letzten Stadtverordnetenversammlung hebt der Berichterstatter, besonders die steuerliche Belastung der Genossenschaft hervor, die mit 4 011.51 M zu Buch stehe und die beweise, daß von einer Steuerfreiheit der Konsumvereine nicht gesprochen werden könne. Einzig haben die Genossenschaften keine Körperschaftssteuer zu zahlen, sonst müssen sie alle Steuern ebenso zahlen. Wenn ein Steuerbeamter solche Ausführungen gegen die Genossenschaft mache, beweise das, daß dieser in seinem Fache schlecht beraten sei. Es gälte deshalb auch an dieser Stelle solche durch nichts begründete Anwürfe zurückzuweisen.

In der Aussprache nehmen die Gen. Hecht, Schwarzwälder und Salzwedel noch Gelegenheit, auf Einzelheiten des Berichts einzugehen, damit der Konsumverein mit der Zeit auch hier als Preisregulator sich auswirke. Der angestrebte Preisabbau werde sich auch in der Genossenschaft in den nächsten Tagen auswirken. Besonders scharf wurde gegen das auch hier überhandnehmende Zugabewesen Stellung genommen und dessen Schädlichkeit für den Verbraucher nachgewiesen.

Die erforderlichen Entlastungen und die Bilanzgenehmigung wird erteilt. Bei denjenigen Mitgliedern, welche ihren Geschäftsanteil noch nicht voll eingezahlt haben, wird der Rabatt wieder diesem zugeschrieben und bei allen andern Mitgliedern wird das Nähere in den Verteilungsstellen bekannt gegeben. Aus dem sehr umfangreichen schriftlich vorliegenden Revisionsbericht, gibt der Gen. Kabelitz die notwendigsten Stellen bekannt, der die gesunde Vorwärtsentwicklung der Genossenschaft zum Ausdruck bringt.

Bei den Ersatzwahlen hebt der Gen. Schwarzwalder die außerordentlich wertvolle und aufopferungsvolle Tätigkeit der nunmehr ausscheidenden Vorstandsmitglieder, der Gen. Lindemann und Husung besonders hervor und überreicht ihnen eine Ehrenurkunde mit dem Beschluß des Vorstands- und Aufsichtsrats, den auch die Versammlung gutheißt, daß beide ehrenhalber im Verwaltungskörper der Genossenschaft weiter tätig sein möchten. An anderer Stelle sind wir auf diese Ehrung näher eingegangen. In den Vorstand werden dann mit 109 Stimmen der bisherige Aufsichtsratsvorsitzende Gen. Kabelitz und 107 Stimmen der Genosse Schwarzwalder gewählt. Auf die Dauer von 3 Jahren werden in den Aufsichtsrat dann die Gen. Herm. Sack, Herm. Froese, Wilh. Ackert, Franz Bennecke und Gottlieb Müller gewählt.

Da unter Genossenschaftliches nicht vorzubringen war, schloß um 10.30 Uhr der Genosse Kabelitz die Generalversammlung mit dem Wunsche, daß die genossenschaftliche Treue der Mitglieder im kommenden Jahre sich voll auswirken möge. Er ladet die Mitglieder ein, die nunmehr kostenlos verabreichten Kaffeeproben sich munden zu lassen und bei Musik und gemütlichem Tanz noch einige Stunden zu verweilen, was auch geschah. Ein im Laufe des Abends veranstalteter Einzeltanz zu Gunsten der Arbeiterwohlfahrt ergab den Betrag von 16.20 RM., wofür an dieser Stelle gedankt sei.

— **Unterkassierer der Gewerkschaften.** Am Mittwoch (Bußtag), 20 Uhr, werden sämtliche Unterkassierer aller Arbeiterorganisationen im Gewerkschaftshaus (Speisesaal) zu einer außerordentlichen Sitzung erwartet. Keine Gewerkschaft darf unvertreten sein. Es gilt, eine dringende Angelegenheit zu besprechen.

— **Ringsportverein Wernigerode.** Am Mittwoch, den 19. November (Bußtag), nachmittags 15 Uhr, findet im Monopol (Uebungszimmer) eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt.

— **Nächster Theaterabend.** Am Freitag bringt das Halberstädter Stadttheater „Meine Schwester und ich", ein musikalisches Lustspiel von dem bekannten Ralph Benatzky als musikalischen Bearbeiter. An allen Bühnen des Reiches konnte dieses Stück den stärksten Erfolg des bisherigen Theaterwinters für sich buchen. So schrieb die Halberstädter Presse: Das ist der Operettenschlager der Saison, der sicherlich den größten Erfolg haben wird. Einmal, weil es sich um ein literarisch geschmackvolles und musikalisch originelles und sauberes Werk handelt und dann, weil die Theaterleitung für eine musterhafte Aufführung gesorgt hat." Man merke sich schon heute den nächsten Freitag für den Theaterbesuch vor, der Vorverkauf beginnt am Montag. Die Vorstellung ist die fünfte Anrechtsaufführung für den Theaterbund und findet zu Schauspielpreisen statt. —

— **Straßensperrung.** Die Lüttgesedstraße wird wegen Kanalisationsarbeiten vom Dienstag, den 18. ds. Mts. bis auf weiteres für den Verkehr gesperrt.

— **Achtung, Gesellenausschußmitglieder!** Zu einer besonders wichtigen Sitzung aller Mitglieder der Gesellenausschüsse sämtlicher Innungen wird hiermit auf Donnerstag, den 20. ds. Mts., 20 Uhr, Uhr ins Gewerkschaftshaus eingeladen. Es werden alle Arbeitsgenossen gebeten, alle in Betracht kommenden Ausschußmitglieder auf diese Sitzung aufmerksam zu machen und sie zum Besuch dieser Sitzung zu veranlassen.

— **Der erste Schnee.** Während es im Oberharz schon in den letzten Tagen schneite, stellte sich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag auch in der Ebene der erste Schnee ein, der am Tage von Regen und Hagel abgelöst wurde.

— **Das Reichsbanner,** das sich am Sonntag an dem Sternmarsch in Halberstadt beteiligte, kam abends kurz nach 18 Uhr in einer Stärke von über 100 Kameraden wieder zurück und marschierte mit Musik durch die Stadt nach dem Gewerkschaftshaus. Ueberall erregte der Marsch bei den Sonntagspaziergängern großes Aufsehen.

Kreis Wernigerode.

Ilsenburg, 17. November. Eine öffentliche Sitzung der Gemeindevertreter findet heute abend im Sitzungssaale der Gemeindeverwaltung, Markt 1, statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem die Beschlußfassung über die Deckung des Fehlbetrages im Gemindehaushalt 1930 durch Einführung der Bürgersteuer und Erhöhung der Steuer vom Grundvermögen, Genehmigung des Erwerbes eines Stückes Gelände zwecks Verbreiterung der Wiesenstraße, sowie Erhöhung des kurzfristigen Kredits bei der Kreissparkasse. Auch die Mieten der Gemeinde-Wohnhäuser sollen eine Neufestsetzung erfahren. — Die Fürstliche Domäne Langeln ist am 1. November in den Besitz des bisherigen Pächters Amtmann Fendt übergegangen. Auch die Domäne Wasserleben ist jetzt ebenfalls von dem bisherigen Pächter, Amtmann Hennebergs, käuflich übernommen worden. Von dieser Domäne sind zirka 300—400 Morgen Land an die Bauern von Wasserleben, Beckenstedt und Schauen verkauft worden. Die Fürstlichen Besitzungen werden immer kleiner. Die Domänen Stapelburg, Drübeck, Ilsenburg und Schmatzfeld sind bereits im Frühjahr von einer Berliner Siedlungsgesellschaft erworben worden. — Die Ferngasversorgung veranstaltet vom 4. Dezember ab in ihrem Installationsbüro, Hochofenstraße 10, Gas-, Koch- und Backturfe. Die Teilnehmerinnen sollen sich ihre Speisen und Kuchen selbst bereiten, um gleichzeitig mit den Gasapparaten vertraut zu werden. Die Speisen werden am Schluß jedes Kursustages gemeinsam verzehrt. Anmeldungen werden schon jetzt in dem genannten Büro entgegengenommen. Der Unkostenbeitrag beträgt 1,50 RM.

Aus Halberstadt.

Für den 5-Uhr-Ladenschluß am Heiligabend.

Die Einführung des 5-Uhr-Ladenschlusses am 24. Dezember für den größten Teil der Einzelhandelsangestellten durch ein Sondergesetz war ein bedeutender Erfolg der sozialpolitischen Arbeit des Zentralverband der Angestellten (3.5.A.). Von wenigen Ausnahmefällen abgesehen, waren die Bemühungen des 3.5.A., durch tarifvertragliche oder andere freie Vereinbarungen die Grundlagen für einen frühen Schluß am Heiligabend zu schaffen, an dem Widerstand der Unternehmer gescheitert. Die damalige Reichsregierung Müller-Wissell hatte den Forderungen des 3.5.A. durch Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in den Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes Rechnung getragen. Da mit der Verabschiedung dieser Gesetzesvorlage in absehbarer Zeit nicht zu rechnen war und auch tatsächlich heute noch nicht daran zu denken ist, forderte der 3.5.A. in einer Eingabe an den Reichstag unverzüglich gesetzgeberische Maßnahmen zur Sicherung des Frühladenschlusses.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zwang alle bürgerlichen Parteien durch ihren Initiativantrag zu einer klaren Entscheidung. Die parlamentarischen Auseinandersetzungen zeigten in aller Deutlichkeit das Versagen der sogenannten Vertreter der bürgerlichen Angestelltenverbände. Verschiedene Parteien, denen auch der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband nahesteht, setzten alle Kräfte daran, den Antrag des 3.5.A. zu Fall zu bringen. Die Wirtschaftspartei tat sich dabei besonders hervor. Noch in letzter Minute versuchte sie den heißumstrittenen Erfolg durch einen Verschleppungsantrag illusorisch zu machen. Nur der energischen Abwehr der 3.5.A.-Vertreter im Parlament haben es die Einzelhandelsangestellten zu danken, wenn sie bereits im Vorjahre in den Genuß des Früh-Ladenschlusses kamen.

Was der Wirtschaftspartei im alten Reichstag trotz ihrer Bemühungen nicht gelang, hoffte sie anscheinend bei der neuen Volksvertretung durchsetzen zu können. Dem Plenum liegt ihr Antrag Nr. 96 auf Aufhebung über den 5-Uhr-Ladenschluß am 24. Dezember vor. Es bleibt abzuwarten, ob sich im neuen Reichstag die Mehrheit findet, die es wagt, selbst die zwei Stunden früheren Ladenschlusses den Angestellten zu rauben.

Im Dienste der Kriegsopfer.

Wer sich über den Umfang und die Bedeutung der größten Kriegsopferorganisation Deutschlands, den Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen ein Bild machen will, hatte dazu am Sonntag vormittag Gelegenheit, als der Reichsbund im Halberstädter Lichtspielhause den Film von dem letzten Bundestage in Mainz vorführen ließ. In diesem Film ist das Gesamtproblem der Kriegsbeschädigtenfrage aufgerollt. Das Erlebnis von Mainz ist nur der Kern. Wichtiger erscheint uns noch die Darstellung des ganzen Organisationsapparats in dem Berliner Verbandshause. Da sieht jeder Einzelne, wie seine Angelegenheit von einem mustergültig organisierten Apparat behandelt wird. All die tausend Schicksale der Mitglieder liegen hier in bester Hand. Man sieht, was der Reichsbund in den 13 Jahren seines bisherigen Bestehens schon geleistet hat. Wie elend würde es den Kriegsopfern und den Hinterbliebenen der Gefallenen heute gehen, wenn es keinen Reichsbund gäbe, der über jedes einzelnen Schicksal wacht. Die Spuren des siegreichen 70er Krieges schrecken. Das reiche Deutschland der Gründerperiode ließ seine wenigen Kriegsveteranen verkommen. Wenn heute das arme Deutschland die fast tausendfache Zahl der Opfer wenigstens notdürftig über Wasser hält, dann ist das der starken Arbeiterbewegung und wahrlich nicht zuletzt dem Reichsbunde zu danken. Auf diese Tatsache wies zu Beginn auch der Vorsitzende Woznitza in einer kurzen Ansprache hin. Er teilte gleichzeitig mit, daß am Totensonntag der Reichsbund für die toten Kameraden einen Kranz niederlegen würde.

Der Film selbst beginnt mit dem Kriegserlebnis, dem furchtbaren Morden des Weltkrieges. Er zeigt die Wunden, die der Krieg dem Einzelnen und der Gesamtheit geschlagen hat und leitet dann gleich auf die Selbsthilfe der Opfer über. Wie im Jahre 1917, also noch während des Krieges, sich die Vorkämpfer zusammensetzten, um die Gründung des Reichsbundes vorzunehmen. Wie das Samenkorn dann aufgegangen ist, zeigt die gewaltige Demonstration auf dem Mainzer Bundestag, wo mehr als 20 000 Kriegsopfer zusammengekommen waren, um für Leben und Weltfrieden zu demonstrieren. Die Verhandlungen in dem Riesensaal von Mainz, der Friedensschwur der 20 000, die bemerkenswerteten Redner: Pfändner, Noa, Roßmann, Röber, Cassin-Paris usw. Einen breiten Raum des Films nimmt die Darstellung der verschiedenen Kriegsbeschädigten-Siedlungen ein. Da sieht man erst so recht, was eine starke Organisation erreichen kann.

Ergänzt wurde der interessante Vormittag durch Teile des Abendprogramms. Wer bisher den Tonfilm noch nicht kennen gelernt hat, hatte hier Gelegenheit, sich von der unbegrenzten Wirkung der grandiosen Erfindung zu überzeugen. Die Veranstaltung wird für den Reichsbund gute Früchte tragen.

---

* **Volkschor.** Am Mittwoch (Bußtag), 10.45 Uhr, treffen sich sämtliche Mitglieder an der Volksschule in der Bleichstraße. Es wird erwartet, daß niemand fehlt.

* **Die Kinderfreunde bitten um Handwerkzeug.** Zur Bastelarbeit benötigen die Kinderfreunde Handwerkzeug aller Art (Laubsägen usw.), um noch in den Wochen vor Weihnachten eine lebhafte Bastelätigkeit entfalten zu können. Wer den Kinderfreunden Handwerkzeug überlassen will, wende sich an die Genossen Fr. Müller, Boort 1a, und W. Wegener, Hufstraße 15. Es genügt auch eine kurze Benachrichtigung.

* **Der Buchdruckergesangverein „Typographia"** feierte am Sonnabend in der „Harmonie" sein Herbstvergnügen. Den kurzen Begrüßungsworten des Vorsitzenden folgten Liedervorträge unter der Leitung des Dirigenten Kurt Walther; die gute Wiedergabe der Lieder ließ eine sorgfältige Einstudierung erkennen. In liebenswürdiger Weise hat sich Frau Bock als Liedersängerin zur Verfügung gestellt, die die Vorzüge ihrer Altstimme in einer Ballade von Löwe und drei weiteren Liedern zur Geltung brachte. Sie erntete für ihre Darbietungen herzlichen Beifall. Es schlossen sich zwei klangvolle Trinklieder für Männerchor und Lieder zur Laute, vorgetragen vom Kollegen Hirkeland, an. Schließlich wurden noch humoristische Vorträge zur allgemeinen Erheiterung geboten. Eine moderne Tanzkapelle lieferte schmissige Tanzmusik, deren Klänge erst bei Eintritt der Polizeistunde verstummten.

* **Bruckner-Konzert am Bußtag.** Es wird nochmals auf das am 19. November (Bußtag) stattfindende Bruckner-Konzert des Halberstädter Musikvereins hingewiesen. Zur Aufführung gelangt das Te deum von Bruckner unter der Leitung von Martin Jansen. Als Solisten wirken mit: Lotte Schlöach-Offen (Sopran), Ilse Paul-Halberstadt (Alt), Max Simon-Magdeburg (Tenor), Kammersänger Alfred Glaß-Berlin (Baß). Vorher bringt das verstärkte Stadttheaterorchester unter Leitung von Kapellmeister Theo Buchwald die 4. (Romantische) Sinfonie von Bruckner in Es-dur, zu Gehör. Dieses Konzert ist ein neuer Beweis des ernsthaften Willens zur Pflege guter Musik. Es ist zu hoffen daß diese Bemühungen auf das stärkste unterstützt werden. — Kartenvorverkauf findet in der Theatervorverkaufskasse im Rathaus von 10—14 Uhr statt.

* **Der Zuschuß zum Stadttheater Halberstadt.** Ueber den Zuschuß, der dem Stadttheater Halberstadt für die laufende Spielzeit 1930-31 bewilligt worden ist, bestehen irreführende Gerüchte. Es sei hiermit festgestellt, daß das Stadttheater für die laufende Spielzeit 1930-31 einen Zuschuß in Höhe von 98 650 RM. hat. Von diesen 98 650 RM. fließen an die einzelnen städtischen Verwaltungsstellen bzw. an die städtischen Werke: an Vergnügungssteuer (ca. 15 000 RM.) an Miete, Straßenreinigungskosten, Kanalgebühren, Abscheabfuhr, Kots-, Strom- und Wasserlieferungen zusammen etwa 32 650 RM. zurück. Ferner sind in dem Zuschuß eingeschlossen: 3 455 RM. für Verzinsung und Tilgung der aufgewerteten Anleihschuld, 6000 RM. für bauliche Unterhaltung des Gebäudes, 8000 RM. für Versicherungen usw. Demnach verbleibt ein wirklicher Betriebszuschuß für das Theater von 58 555 RM. — An persönlichen Ausgaben für künstlerisches und technisches Personal, Garderobenpersonal, Büro, Orchester, Honorare für Gäste und Ensemblegastspiele, Reisekosten und Tagegelder einschließlich der auswärtigen Gastspiele sind nach dem Voranschlag für die Spielzeit 1930-31 zu leisten rund 232 000 RM. Für sächliche Ausgaben: für Unterhaltung des Gebäudes, der Heizungs- und Beleuchtungsanlagen, ferner für Bühnenausstattung, Kostüme, Rollen- und Materialleihgebühr, Abgaben für Aufführungsrechte, Eintrittskarten, Programmhefte, Wochenspielpläne, Bekanntmachungskosten, Bürobedarf und Versicherungsbeiträge sind rund 60 000 RM. veranschlagt. Für die Spielzeiten 1928-29 und 1929-30 war ein Zuschuß in etwa gleicher Höhe vorgesehen. Der auch, wie hiermit festgestellt sei, in keinem der beiden Jahre überschritten worden ist.

* **Ein Zusammenstoß zwischen einem Kraftwagen und einem Radfahrer** ereignete sich am Sonnabend nachmittag an der Ecke Breiteweg-Schuhstraße. Dadurch, daß der Führer noch rechtzeitig den Wagen zum Halten bringen konnte, wurde größerer Schaden verhütet.

* **Einbruch in der Nacht zum Sonntag.** In letzter Zeit wiederholen sich die Einbrüche eines Diebes, der regelmäßig in der Nacht zum Sonntag sein Gewerbe ausübt. Diesmal wurde eine Villa in der Seydlitzstraße von ihm aufgesucht. Er drückte das zu ebener Erde befindliche Fenster der Speisekammer ein, stieg in das Haus und stahl für etwa 50 M Wurst, Schinken, Eier usw. Nachdem er seinen Bedarf an Nahrungsmitteln gedeckt hatte, stahl er aus dem Hausflur noch einen dunklen Ueberzieher und verschwand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301117-16/fragment/page=0006

Notverordnung und Krankenkassen.

Trotz berechtigter Kritik an der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930, insbesondere an den Bestimmungen zur Krankenversicherung und trotz der Hoffnung auf wesentliche Verbesserungen durch den neuen Reichstag ist es notwendig, sich mit dem Inhalt dieser Verordnung, die einstweilen Gültigkeit besitzt, vertraut zu machen. Hier sollen nur kurz die für den Versicherten wichtigsten Bestimmungen angeführt werden.

Die Versicherungspflicht endet mit dem Tage, an dem die Verdienstgrenze (3600 Mark jährlich — gilt nur für Angestellte) überschritten wird (statt wie bisher am 1. Tag des 4. Monats nach dem Ueberschreiten der Verdienstgrenze). Die Versicherungsberechtigung erlischt in allen Fällen, wenn das regelmäßige jährliche Gesamteinkommen 8400 RM. übersteigt. Nur wer bereits seit dem 29. 7. 1925 einer Kasse ununterbrochen als freiwilliges Mitglied angehört hat, kann freiwilliges Mitglied bleiben.

Stirbt ein Mitglied, so kann der überlebende Ehegatte, wenn er nicht selbst auf Grund des Reichsgesetzes für den Fall der Krankheit versichert ist, die Mitgliedschaft unter denselben Voraussetzungen und in derselben Weise wie ein Mitglied fortsetzen. Weiterversicherungsberechtigte und Weiterversicherte, die nicht im Bereich ihrer bisherigen Kasse wohnen oder ihren Wohnort aus dem Kassenbereich verlegen, setzen die Mitgliedschaft bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse oder bei der Landkrankenkasse ihres Wohnortes fort.

Die Krankenpflege muß ausreichend und zweckmäßig sein; sie darf jedoch das Maß des Notwendigen nicht überschreiten. Für die Krankenhilfe hat der Versicherte einen Krankenschein zu lösen. Die Gebühr dafür beträgt 50 Pf. Die Satzung kann die Gebühr für die Versicherten mit einem Grundlohn als nicht mehr wie 4,— RM. auf 25 Pf. ermäßigen und für Versicherte mit einem Grundlohn von mehr als 7,— RM. auf 75 Pf. erhöhen. Die Gebühr ist bei Fortdauer desselben Krankheitsfalles nur einmal zu entrichten.

Bei der Abnahme von Arznei-, Heil- und Stärkungsmitteln hat der Versicherte von den Kosten jeder Verordnung, soweit diese 50 Pfennig übersteigen, den Betrag von 50 Pf. zu zahlen.

Krankengeld wird vom vierten Tag der Arbeitsunfähigkeit an gewährt. Der früher zulässige satzungsgemäße Verzicht auf die Wartetage ist aufgehoben. Endet die Arbeitsunfähigkeit an einem Sonntag oder einem staatlich allgemein anerkannten Feiertag, so wird dieser Tag für das Krankengeld nicht mitgezählt.

Das Krankengeld beträgt 50 v. H. des Grundlohns. Während bisher satzungsmäßig eine Erhöhung auf 75 v. H. des Grundlohns in diesen Fällen möglich war, kann jetzt durch die Satzung das Krankengeld nur für Versicherte mit Angehörigen, die der Versicherte bisher ganz oder überwiegend unterhalten hat und die mit ihm in häuslicher Gemeinschaft leben, durch Zuschläge erhöht werden. Der Zuschlag darf für den Ehegatten 10 v. H. und für jeden sonstigen Angehörigen 5 v. H. des Grundlohns nicht übersteigen. Außerdem kann die Satzung das Krankengeld von der 7. Woche der Arbeitsunfähigkeit an bis auf 60 v. H. des Grundlohns erhöhen.

Das Hausgeld beträgt 25 v. H. des Grundlohns. Satzungsgemäß kann es für Versicherte mit mehr als einem Angehörigen durch Zuschläge erhöht werden. Der Zuschlag darf 5 v. H. des Grundlohns für jeden weiteren Angehörigen nicht übersteigen. Hausgeld und, soweit ein solches satzungsgemäß vorgesehen ist, Taschengeld (für Alleinstehende) ist außer bei Krankenhauspflege auch bei Aufnahme in Genesungs-, Erholungs- und Kurheime zu zahlen (eine gesetzliche Festlegung der mit Rücksicht auf die modernen Heilmethoden bereits üblichen Regelung).

Der Anspruch auf Kranken- und Hausgeld ruht, wenn der Versicherte während der Krankheit Arbeitsentgelt erhält. Für solche Versicherte hat die Satzung entweder die Beiträge entsprechend zu kürzen oder das Krankengeld nach Wegfall des Arbeitsentgelts zu erhöhen. Zuschüsse des Arbeitgebers zum Kranken- oder Hausgeld gelten auch dann nicht als Arbeitsentgelt, wenn sie auf einer Versicherung beruhen.

Versicherte, die innerhalb der letzten sechs Monate mindestens 3 Monate auf Grund des Reichsgesetzes für den Fall der Krankheit versichert waren, erhalten für den Ehegatten und die unterhaltsberechtigten Kinder bis zur Dauer von 13 Wochen Familienkrankenhilfe, d. h. ärztliche Behandlung. Von den Kosten für die Arznei und kleinere Heilmittel wird die Hälfte erstattet. Die Satzung kann diese gesetzliche Mindestleistungen der Familienhilfe, die schon bisher von den Ortskrankenkassen fast ausnahmslos bewilligt worden sind, noch etwas erweitern durch Verlängerung der Geltungsdauer auf 26 Wochen, durch Erstattung auf sonstige im Haushalt lebende Angehörige durch Aufnahme der Arznei- und Heilmittelkosten bis zu 70 v. H. und durch Bewilligung von Krankenhauspflege.

---

* Das Gehaltskürzungsgesetz und der Kriegerhinterbliebene. Nach einem veröffentlichten Entwurf des Gesetzes über die Verkürzung der Beamtengehälter sollen vom 1. April 1931 auch die „Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen von Reichsbeamten und Soldaten der alten und neuen Wehrmacht" um 6 v. H. gekürzt werden. Personen, deren Bezüge 1500 RM. jährlich nicht übersteigen, sind allerdings von der Kürzung befreit. Da sämtliche Renten der Kriegerwitwen nach dem RVG. unter 1500 RM. jährlich bleiben, werden die Kriegerwitwen, wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen mitteilt, von dem Gehaltskürzungsgesetz nicht betroffen. Kinderzuschläge und Kinderbeihilfen, Dienstaufwandsentschädigungen, Reisekostenvergütungen, Beschäftigungstagegelder, Trennungsentschädigung, Nachtdienstentschädigung und Umzugskostenvergütungen unterliegen der Kürzung nicht. Soweit die Ausdehnung des Gehaltskürzungsgesetzes auf Länder- und Gemeindebeamte in Frage kommt, wird das Gesetz als verfassungsändernd bezeichnet. Seine Annahme kann deshalb nur durch eine qualifizierte Mehrheit des Reichstages erfolgen. —

* Verbilligte Glückwunschtelegramme. Wie wir erfahren, beabsichtigt die Post, ebenso wie in den letzten Jahren, auch während des diesjährigen Weihnachts- und Neujahrsfestes verbilligte Glückwunschtelegramme einzuführen. Die Einzelheiten stehen noch nicht fest; aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Einrichtung aber nach Art und Umfang der vorjährigen gleichen. Für den deutschen Verkehr ist noch eine Verbesserung und eine Erweiterung insofern vorgesehen, als die Ausfertigung der besonderen Glückwunschtelegramme auf Schmuckblatt nicht mehr Zwang, sondern in das Belieben des Absenders oder Empfängers gestellt sein soll, und als der Verkehr zwischen Deutschland und deutschen Schiffen in See über Küstenkunktkellen der Deutschen Reichspost einbezogen wird. Im deutschen Verkehr wird man wieder für ein Ortstelegramm bis zu 10 Wörtern 50 Pf. zu zahlen haben und, wenn es auf einem künstlerisch ausgeführten Aufnahmeblatt zugestellt werden soll, 1,50 Mark. Im Fernverkehr kostet ein gleich langes Telegramm 75 Pf. oder 1,50 Mark. Jedes weitere Wort wird mit 5 Pf. berechnet. Für Schiffstelegramme wird die Wortgebühr 40 Pf. betragen gegen 75 Pf. bei vollbezahlten Telegrammen. Da in diesem Verkehr keine Mindestgebühr besteht, kann man, wenn man dazu noch einen der festen Texte benutzt, wie sie auch in diesem Jahre wieder zur Auswahl angeboten werden, von einem deutschen Schiff in See aus schon mit 4 bis 5 Gebührenwörtern seinen Lieben in der deutschen Heimat einen telegraphischen Festgruß übermitteln, also für etwa 2 Mark. Dasselbe gilt natürlich für die umgekehrte Richtung. Im Auslandsverkehr werden die Kosten für die Glückwunschtelegramme besonderer Art wie bisher halb so hoch sein wie die vollen Sätze, oder noch geringer.

Spielplan des Halberstädter Stadttheaters.

Dienstag, 18. November und Sonnabend, 22. November, finden die nächsten Wiederholungen der Operette „Viktoria und ihr Husar" statt.

Mittwoch, 19. November (Bußtag) findet, veranstaltet vom Halberstädter Musikverein, ein Brucknerkonzert statt. Zur Aufführung gelangt das Te deum von Bruckner. Dirigent: Martin Jansen. Chor: Halberstädter Musikverein. Vorher wird das verstärkte Stadttheater-Orchester unter Leitung von Theo Buchwald die Vierte (Romantische) Sinfonie in Es-dur von Bruckner zu Gehör bringen.

Donnerstag, 20. November, geschlossene Vorstellung für die Volksbühne.

Freitag, 21. November, erste Wiederholung des Schauspiel-Abends „Die Frau im Fenster" von Hofmannsthal und „Das Anostelspiel" von Max Mell.

Sonntag, 23. November, 18.30 Uhr, findet eine nochmalige Aufführung von „Zauyhäuser". Oper von Richard Wagner in der Besetzung der Festvorstellung statt. Für diese Vorstellung gelten ermäßigte Preise (0.80 bis 5.00 Mark. Da zu erwarten ist, daß die Aufführung gut besucht wird, möge man sich rechtzeitig um Karten kümmern. Die Vorstellung endet bestimmt 22 Uhr, sodaß auswärtige Besucher die Anschlüsse benutzen erreichen. Diese Opernvorstellung wird ausnahmsweise zu ermäßigten Preisen gegeben.

Spielplan der Halberstädter Lichtspieltheater

Lichtschauspielhaus: Vom Freitag bis Dienstag E. Janninas und Marlene Dietrich in dem Tonfilm „Der blaue Engel". Jugendliche haben keinen Zutritt. Ab Mittwoch „Westfront 1918".

Kammerlichtspiele: Von Freitag bis Montag Evelyn Holt in dem Großstadtdrama „Nachtlokal". Ferner der Sensationsfilm „Freibeuter der Südsee". Sonntag, nachm. 2 Uhr in der Jugendvorstellung der Weltmeisterfilm „Auf falscher Fährte" und der lustige Teil. —

Kreis Halberstadt.

Heudeber, 15. November. Goldene Hochzeit. Der Arbeitsinvalide Fritz Wunnenberg konnte mit seiner Ehefrau das seltene Fest der goldenen Hochzeit im Kreise der Kinder, Enkel und Urenkel in körperlicher Frische begehen. Beide leisen noch unsere Presse und nehmen regen Anteil an der Bewegung. Vielseitige Ehrungen wurden dem Jubelpaare zuteil. Auch wir schließen uns mit den besten Wünschen an.

Lüttgenrode, 15. November. Wie die Bürgerlichen die Sprache verloren. Am letzten Freitag tagte die Gemeindevertretung in der Gastwirtschaft Schrader. Als erstes wurde die Verpachtung der alten Schule an den Gemeindevorsteher beraten. Der Gemeindevorsteher verfügt nicht über ein Eigenheim. Auch hat die jetzige Mietwohnung nicht Raum genug für seine Dienste als Gemeindevorsteher. Der Klassenraum der alten Schule soll später als Sitzungssaal für die Gemeindevertretung ausgebaut werden. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte der Vermietung zu. Die Bürgerlichen lehnten sie ab, sie wollten das Grundstück verkaufen. Durch die sozialdemokratische Mehrheit wurde die Vermietung beschlossen. Für Miete brachte der Gemeindevorsteher die Summe von 180 ℳ in Vorschlag. Die Bürgerlichen versuchten nun wieder über den Verkauf der alten Schule zu diskutieren. Der Gemeindevorsteher wies diese Quängelei sofort mit scharfen Worten zurück, hielt ihnen vor, daß dieser Punkt der Tagesordnung erledigt wäre. Wo sollte denn das hinführen, wenn nach der Abstimmung dauernd neue Einsprüche von seiten der bürgerlichen Fraktion erfolgen. Dieses paßte den Bürgerlichen natürlich nicht, denn sie meinten, daß demnach ihre Anwesenheit in der Gemeindevertretung überflüssig sei. Auf die richtige Antwort, daß jeder Gemeindevertreter an den Beratungen in den Gemeindevertretungen sachlich teilzunehmen hat und dazu verpflichtet ist, lies der Gemeindevorsteher nicht lange warten. Den Mietsatz von 180 ℳ pro Jahr stimmte unsere Fraktion zu. Die Bürgerlichen gaben keine Antwort, sie hatten die Sprache verloren. Bevor die Wohnung bezogen werden kann, ist eine Ueberholung dringend notwendig. Seit acht Jahren ist daran nichts gemacht worden. Für die Instandsetzung der Wohnung stimmte unsere Fraktion der Bewilligung von 400 ℳ zu. Sie beantragte jedoch, an dem Klassenraum nichts zu ändern. Die Bürgerlichen schwiegen noch, sie hatten die Sprache noch nicht wiedergefunden. Durch die sozialdemokratische Mehrheit wurde auch dieser Punkt ordnungsgemäß erledigt. Der Leistung von Krankenbeiträgen für Wohlfahrtserwerbslose wurde einstimmig zugestimmt. Nun hatten die Bürgerlichen mit einem Male ihre Sprache wiedergefunden. Der Antrag Dräseke: Aenderung der Mistgrube des Landwirts K. Hartwig wegen deren direkten Lage am Wege soll der zuständigen Baupolizeibehörde zugeteilt werden. Lehrers Krenses Antrag: Erstattung der Umzugskosten soll der Schulbehörde zugeleitet werden. Des weiteren wurde einstimmig beschlossen, daß Brausebad in der neuen Schule auch für Erwachsene freizugeben. Die Badezeit ist für Frauen Freitags von 5—7 Uhr, für Männer Sonnabends von 4—7 Uhr. Der Badepreis beträgt 30 ₰. Die Badekarten sind bei dem Gemeindevorsteher zu erhalten. Zur Neuaufschützung des Weges noch dem Achtfamilienhaus am Schieferberg gab der Gemeindevorsteher bekannt: Dieser Weg ist zur Zeit nur sehr schlecht passierbar. Eine Instandsetzung ist dringend notwendig. Bei Vermessung des Grundstücks hat sich herausgestellt, daß die Grundstücksgrenze bis Mitte des Weges geht. Wenn der Weg nur instand gesetzt würde, so müßte auch die erforderlich Breite des Weges bleiben. Die Gemeinde wäre deshalb gezwungen, vom Grundstücksbesitzer Ibenthal das in Frage kommende Stück Land käuflich zu erwerben. Gegen die Stimmen Ebert (B.) und Goel (B.) wurde die Instandsetzung des Weges beschlossen. Die Arbeiten sollen von Wohlfahrtserwerbslosen ausgeführt werden. Wegen des Ankaufes des Stück Landes soll der Gemeindevorsteher mit Ibenthal in Verhandlung treten und in der nächsten Gemeindevertretersitzung Bericht erstatten. Dann soll der Wohlfahrtsausschuß erweitert werden. Die Anregung kam vom Landrat, weil fast in allen Gemeinden die Wohlfahrtsangelegenheiten sich anhäufen. Unsere Fraktion brachte in Vorschlag Diekmann, Wohlfahrtserwerbsloser, und Genossen Holland, Fürsorgeunterstützungsempfänger. Die Bürgerlichen wurden wieder hartnäckig, sie wollten aus ihren Reihen der Bedürftigen einen in den Ausschuß schicken. Sie brachten neben den schon vorgeschlagenen Erwerbslosen Diekmann den Landwirt Fritz Bock, der nebenbei Kriegsbeschädigtenunterstützung bezieht und wie die Bürgerlichen sagten, ein bedürftiger Mann wäre. Gewählt wurden Genosse Holland und Fritz Bock in den Wohlfahrtsausschuß. Daß den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301117-16/fragment/page=0007

Bürgerlichen der Sozialdemokrat Holland nicht paßte, ist für uns erklärlich. Hilfsbedürftige Landwirte können mitreden, aber ein Sozialdemokrat, der von seiner frühen Jugend an wegen eines Fußleidens seinen Beruf nicht mehr nachgehen kann und allgemeine Fürsorgeunterstützung bezieht, sollte als Prolet ausgeschaltet werden. Meine Herren von der bürgerlichen Einheitsliste, wissen Sie nicht, daß wir jetzt in einer deutschen Republik leben? Gen. Holland, der es am eigenen Leibe spürt, wird den Bürgerlichen zu gegebener Zeit noch klar legen, wie einem Wohlfahrtsempfänger in der heutigen Zeit zumute ist.

Aus Oschersleben.

o. **Wohltätigkeitsabend der Arbeiter-Wohlfahrt.** Am Freitag veranstaltete die Ortsgruppe der Arbeiter-Wohlfahrt einen Wohltätigkeitsabend. Einige Musikvorträge des Stadtorchesters unter Leitung von H. Unger, gaben die Einleitung zu den Begrüßungsworten, die im Namen der Arbeiter-Wohlfahrt der Gen. Bauermeister an die Anwesenden richtete. Er gab in seinen Worten der Freude über den unerwartet glänzenden Besuch Ausdruck und nahm dann kurz Stellung zu den heutigen furchtbaren wirtschaftlichen Verhältnissen, die große Teile des Volkes in eine bisher ungekannte Not geraten ließ. Diese Not etwas zu lindern, sei die Aufgabe der Arbeiter-Wohlfahrt und dazu solle auch der Wohltätigkeitsabend dienen. Herzliche Dankesworte an Dirigenten, Orchester, Volksbühne schlossen sich an. Nunmehr trat die Letztere in Aktion und führte die Gilbertsche Operette „Polnische Wirtschaft" auf. Die Aufführung erbrachte den Beweis, daß alte Schlageroperetten immer wieder ein dankbares Publikum finden. So konnte es naturgemäß nicht ausbleiben, daß starker Beifall die Leistungen der Aufführenden belohnte. Sehr oft setzte der Beifall bei offener Szene ein, so daß des Oefteren Wiederholungen erzwungen wurden. Die Mitwirkenden gaben ihr Bestes. Aeußerst angenehm berührte es, daß der gesangliche Teil mit den sonstigen Leistungen Schritt hielt. Vorzügliche Figuren wurden gestellt. Die Hauptrollen, welche in den Händen der Damen L. und M. Behrens, L. Schaper sowie der Herren Oblendorf, Lochner, Zeidler und Börner lagen, wurden mit soviel Schmiß durchgeführt, daß kaum ein schwacher Punkt während der ganzen Aufführung zutage trat. Im Spiel wie im Gesang ragten vor allem Frau M. Behrens als Maru sowie K. Börner als Graf Kasimir hervor, die einen ganz vorzüglichen Eindruck hinterließen. Auch die Nebenrollen lagen in guten Händen. Meister Unger hatte, wie immer, Bühne und Orchester jederzeit fest in der Hand, so daß ihm neben der Spielleitung, für die G. Lochner verantwortlich zeichnete, ein großer Anteil am Gelingen des Abends zuzusprechen ist. Zuhörer wie auch Veranstalter dürften voll auf ihre Rechnung gekommen sein.

o.* **Metallarbeiter-Jugend.** Dienstag, den 18. November, 20 Uhr, im Stadtpark: Jugendabend. Das Erscheinen aller Jugendlichen ist erforderlich.

o.* **Gewerkschaftskartell.** Wegen des Bußtages fällt die nächste Kartellsitzung aus.

o. **„Frauennot — Frauenglück".** Not ist Qual! Leichtsinnige Männner wandern durchs Leben, suchen und finden die Frau. Und das Kind? Zwei Millionen Frauen haben heimliche Abtreibungen ausgeführt — wer fragt noch nach der Volkskraft angesichts solcher Zahl? Ein Film eröffnete die Perspektive in dieses reinvolle Martyrium. Er greift hinein ins wirkliche Leben. Die Optik arbeitet hier ohne Retuschen wie folgt: Eine Arbeiterfrau steht plötzlich allein im Dasein. Ihr Mann ist stellungslos geworden. Vier Kinder wollen gefüttert sein, das fünfte ist unterwegs. Wo sind die Grenzen des Elends? Die Oeffentlichkeit spricht von Humanität. Die Versuchung steht vor der Tür — noch mehr Hunger? Noch mehr Qual? Der Arzt ist zu teuer! Aber es gibt ja „weise Frauen", die mehr wissen . . . So „bewußte Adressen". Ein anderes Bild: Ein lebenslustiges Mädchen in der Brandung ihres Blutes betört. Der Gedanke an das Mysterium der Frauenschaft ist ihr fremd, sie tanzt durch das Leben. Plötzlich steht sie erschrocken vor der Tatsache: sie ist Mutter. Mädchen und Mutter, wie unlogisch für die Gesellschaft. Schande! Er, der sie in diese Situation brachte — verschwunden. Für sie bleiben nur noch zwei Chancen: Tod oder die „weise Frau". Zwei Schicksale unter Millionen, die die Statistik ergibt. „Frauennot und Frauenglück", ein ganz realistischer Film, der wissenschaftlich aufzeichnet, wie solche Situationen in gesetzlicher Weise gelöst werden können. Diskussionen pro und contra werden niemals dieses Problem so treffend zeichnen können, wie dieser Filmstreifen. Er ist ein stummes Plädoyer für die Mutter und zwar so grandios dargestellt, wie es kein Buch und keine Rede darzustellen vermag. Der Film läuft im Welt-Theater vom Dienstag bis Donnerstag dieser Woche.

Aus Thale.

th. **Der Arbeitsmarkt in Thale.** Durch die Verminderung der Belegschaft im größten Unternehmen in Thale, des Eisenhüttenwerks, Anfang dieses Sommers, wurde auch Thale von der Wirtschaftskrise in Mitleidenschaft gezogen. Dadurch wurde auch die Geschäftswelt stark betroffen. Es entsteht nun die Frage, kann die Krise behoben werden und besonders, wie steht es damit in Thale. Auf dem Eisenhüttenwerk werden Kurzarbeit und Produktionseinschränkungen vorgenommen. Manche Abteilungen, wie das Walzwerk und die Gießerei, arbeiten nur an zwei und drei Tagen. Die Steinfabrik arbeitet auch nur kurze Zeit in der Woche. Der Baumarkt flaut ab. Die Landwirtschaft arbeitet nach Einbringung der Ernte auch nur beschränkt. Bis heute war die Holzindustrie am Orte von der bestehenden Krise verschont geblieben. Aber auch hier machen sich Erscheinungen bemerkbar, die auf den Anfang einer schweren Krise hindeuten. So ist jetzt bei der Firma Bienert Kurzarbeit eingeführt. Ja, noch mehr: die Firma Bienert hat einen Stillegungsantrag eingereicht. Solche Anträge zielen immer darauf hin, die Belegschaft zu vermindern. In der Holzwarenfirma wird bis heute noch regelmäßig gearbeitet, aber nur für 16- und 17jährige. Wie überhaupt diese Firma soviel wie möglich jüngere Arbeitskräfte einstellt. Aus diesen Tatsachen erkennen wir, daß die Lage nicht besser geworden ist, sondern schlechter. Ist nun für die nächste Zeit eine Besserung zu erwarten? Nein. Bei den Notstandsarbeiten werden jetzt 20 Erwerbslose beschäftigt, das ist bei der großen Anzahl von über Tausend Erwerbslosen nichts. Auch kommen in nächster Zeit keine größeren Projekte für Notstandsarbeiten in Frage. Die Lage sieht sehr schwarz aus. Wirke aber jeder zu seinem Teil mit daran, die Krise zu beheben.

t.* **Totengedenkfeier.** Es sei schon heute auf die am Totensonntag im Saal des Heims der S. A.-J. (Soziale Frauenschule) stattfindende Totengedenkfeier der S. A.-J. hingewiesen. Die Feier, die morgens um 10 Uhr beginnt, wird umrahmt von musikalischen Vorträgen der Kapelle Wisse. Die Gedenkworte spricht der Stadtverordnetenvorsteher Gen. Wegener.

Aus Quedlinburg.

q.* **Die Konsum- und Spargenossenschaft für Quedlinburg und Umgebung** hält heute Montag, 20 Uhr, eine Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshause ab. Am Mittwoch, 15.30 Uhr, tritt die Vertreterversammlung zusammen.

qr. **Kommunalsekretär Crummenerl-Magdeburg** sprach am Freitag in einer von Mitgliedern und Gästen gut besuchten Versammlung der Sozialdemokratischen Partei über die augenblickliche Lage und zeigte nicht nur das demagogische Verhalten der Nazis, sondern auch die Struktur dieser ganzen Partei. In vornehmer, aber energischer Weise zog er die Widersprüche aus dem zusammengestohlenen Programm der Nazipartei heraus und kam zu dem Schlusse, daß es notwendig sei, mit aller Macht unserer organisierten Masse diesem Treiben entgegenzutreten. Uns gehört nicht nur das Volk, uns gehört auch die Straße. Wir sind die stärksten, wahrscheinlich auch die einzigen Stützen der Republik, der Demokratie und mit Hilfe sämtlicher Arbeiterorganisationen, der Partei, der Gewerkschaften und des Reichsbanners muß es möglich sein, die Republik zu schützen und zu erhalten. Groß sprach dann noch kurz über den Landfriedensbruch-Prozeß, der unsere Genossen angehängt war und verlangte, daß Schritte unternommen würden, um den preußischen Justizminister darauf hingewiesen, daß die Nazi-Gewalttätigkeiten eher stattgefunden hätten als die Dinge, die unsere Genossen in der Anklage vorgeworfen wurde. Gegen die Magdeburger Nazis, die mit der bewußten Absicht hierhergekommen sind, Unruhen anstiften zu wollen, ist der Prozeß erst Mitte Dezember angesetzt. Er wies weiter auf die Kundgebung der Quedlinburger Arbeiterschaft hin, die am Sonntag, den 30. November stattfindet, zu der noch nähere Angaben in nächster Zeit gemacht werden.

qr. **29. Stiftungsfest des Ortsvereins Quedlinburg im Verbande der Deutschen Buchdrucker** fand am Sonnabend im Gewerkschaftshause statt. Eine große Zahl von Gästen hatten der Einladung Folge geleistet, so daß der große Saal des Gewerkschaftshauses überfüllt war. In der Begrüßungsansprache konnte der Kollege Rählert mit Genugtuung feststellen, daß alle Quedlinburger Buchdrucker dem Verbande angehören und daß es in letzter Zeit gelungen sei, eine Reihe von Kollegen wieder für einige Wochen in die Betriebe zu bringen. Ein abwechslungsreiches Programm, das hauptsächlich vom Gesangverein „Typographia" bestritten wurde und an dessen Schluß eine ausgezeichnet gespielte Operette stand, ließ für ein paar Stunden den Ernst des Alltags vergessen. Ein Ball schloß die wirkungsvolle Feier ab.

qr. **Nazi-Umtriebe unter dem Bahnhofspersonal.** Eine große Hetze gegen die Arbeiterschaft und eine ganz offen zur Schau getragene Propaganda für die Nazipartei wird nicht nur unter dem Personal unseres Bahnhofs, hauptsächlich des Güterbahnhofs getrieben, sondern man kann sogar die Feststellung machen, daß unter dem abzufertigenden Publikum und Transportarbeitern Propaganda für die Nazizele versucht wird. Hauptsächlich soll es ein Kriegsbeschädigter schon des öfteren versucht haben, seine wahnwitzigen Ideen an den Mann zu bringen. Wir werden uns alle diese einzelnen Fälle merken und nochmal bei Gelegenheit darauf zurückkommen.

qr. **Die Jungsozialisten haben am Dienstag abend im Gewerkschaftshause Bühnenprobe.**

qr. **Diebstahl.** In der Kaiser Otto-Straße wurde aus einem dort stehenden Personenauto am Freitag abend ein Koffer mit Wäsche gestohlen. Die Täter hatten die Schutzscheibe zerschnitten, um sich so in den Besitz des Koffers, der einen Wert von 3—400 ℳ hatte, zu setzen.

qr. **Städtische Mittelschule Quedlinburg.** Die Voranmeldungen der auswärtigen Grundschüler und Grundschülerinnen werden vom 17. bis 22. November 1930 auf dem Amtszimmer, Moltkestraße 10, von 11—12 Uhr entgegengenommen.

Mitteldeutsche Rundschau.

Eine neue Stübütte.

Bad Harzburg. Am Forsthaus Oderbrück hat sich die Stübüttensiedlung um die der Akademischen Skizunft vermehrt, die mit Unterstützung der früheren braunschweigischen Regierung und der Staatsbank gebaut worden ist, während ein Teil der Arbeit die Mitglieder selbst bewältigten. Das Heim wurde jetzt eingeweiht und macht einen anheimelnden Eindruck.

Brandstiftung aus Rache?

Schöningen. In später Abendstunde brannte die Feldscheune des Gutsbesitzers Matties aus Schöningen bis auf den Grund nieder. In der Scheune befand sich die ganze Kornernte, ungefähr 200 Morgen unausgedroschenes Korn, dazu kamen mehrere Fuhren Heu und Motoren, Pflüge usw., die sämtlich mitverbrannt sind. Ueber die Entstehung des Feuers weiß man nichts. Man vermutet Brandstiftung als Rachekakt.

Im Bett vergiftet.

Stendal. In Stendal wurde der in der Winckelmannstraße wohnhafte Musiker G. im Bett vergiftet aufgefunden. Er hatte am Dienstag bereits Giftabletten zu sich genommen. Da die Familie jedoch verreist war, schöpften die Hausbewohner erst jetzt Verdacht. Er gab noch schwache Lebenszeichen von sich und wurde in das Johanniter-Krankenhaus geschafft, wo er jedoch bald verstarb. Nervenkrankheit und zerrüttete Eheverhältnisse sollen den Musiker zu der Tat getrieben haben.

Schwerer Zusammenstoß zwischen Autobus und Lokomotive.

Köthen. Auf der Chaussee Gröbzig—Nauendorf ereignete sich ein folgenschwerer Autobusunfall. Ein mit neun Passagieren und vier Beifahrern besetzter Autobus wurde auf einem Uebergang in der Nähe von Nauendorf von einer Rangierlokomotive erfaßt und gegen einen Damm geschleudert. Der Führer des Autoomnibusses, ein Beifahrer sowie vier Passagiere wurden so schwer verletzt, daß sie dem Krankenhaus zugeführt werden mußten. Der Autobus wurde schwer beschädigt. Der Unfall ist darauf zurückzuführen, daß der Bahnwärter, der jedenfalls die Geschwindigkeit der Rangierlokomotive zu gering eingeschätzt hatte, noch einmal die schon geschlossene Schranke öffnete, um den Omnibus passieren zu lassen. Dabei fuhr die Lokomotive gegen den Kraftwagen, der sich gerade auf den Schienen befand.

Feuer im Bahnpostwagen.

Merseburg. Morgens gegen 6 Uhr wurde plötzlich durch die Bahnpolizei die Feuerwehr alarmiert, da der Postwagen eines die Station passierenden Schnellzuges in Brand geraten war. Schon in Leuna hatten die Beamten den Brand bemerkt, den Wagen aber noch bis zum Bahnhof Merseburg laufen lassen. Die Wehr erschien sofort mit der Motorspritze, doch wurde diese nicht eingesetzt und die Gefahr durch Handlöschapparate beseitigt. Von den in dem brennenden Wagen mitgeführten Postsachen ist nichts beschädigt. Es konnte alles unversehrt in einen anderen Wagen umgeladen werden, worauf der abgelöschte Postwagen ausgesetzt wurde. Anscheinend lag der Brandherd in der Hollerung der Heizröhren, die sich durch Funkenflug aus der Asche der Lokomotive entzündet hat und den Fußboden des Postwagens in Brand setzte.

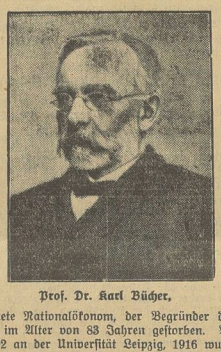
Tod im Beruf.

Erfurt. Angeblich wegen eines falsch angegebenen Signals, geriet der auf dem Erfurter Güterbahnhof beschäftigte, 25jährige Eisenbahner Paul Schmidt aus Stotternheim, zwischen die Puffer zweier Wagen und erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Der Unglücksfall wird dadurch besonders tragisch, als die Todesnachricht der Ehefrau im Wochenbett überbracht werden mußte.

Eine Million Fehlbetrag im Erfurter Stadthaushalt.

Erfurt. Der Magistrat hat den Stadtverordneten den Wirtschaftsbericht für das Rechnungsjahr 1930 vorgelegt, über den man in der Stadtverordnetensitzung verhandeln wird. Der Wirtschaftsbericht ist nach dem Stand der Einnahmen und Ausgaben vom 30. September aufgestellt und bildet ein nicht gerade erfreuliches Bild über die städtischen Finanzen. Trotz aller Sparmaßnahmen sind erhebliche Mehrausgaben und größere Mindereinnahmen zu verzeichnen. Das Rechnungsjahr 1930 wird voraussichtlich mit einem Fehlbetrag von 971 618 RM. abschließen.

Der Senior der deutschen Nationalökonomen.



Prof. Dr. Karl Bücher,

der ausgezeichnete Nationalökonom, der Begründer der Zeitungswissenschaft, ist im Alter von 83 Jahren gestorben. Bücher unterrichtete seit 1892 an der Universität Leipzig, 1916 wurde er Direktor des ersten Instituts für Zeitungskunde, dessen Gründung seiner Initiative zu danken war. Büchers Werke „Das Gesetz der Massenproduktion", „Arbeit und Rhythmus" u. a. gehören zu den hervorragendsten Arbeiten ihres Gebietes.

Kreis Quedlinburg.

Nachterstedt, 14. November. „Mizzi und Muzzi", so heißt die Operette, die vom hiesigen Arbeitergesangverein für den 30. November eingeübt wird. Sind auch die Zeiten nicht dazu angetan, große Feste zu feiern, so läßt es sich der Arbeitergesangverein doch nicht nehmen, einen Theaterabend zu veranstalten. Es wird nur ein geringer Eintrittspreis erhoben. Der Dirigent des Vereins, Lehrer Bohne, der mit dem Verein erstmalig mit einem Theaterabend an die Oeffentlichkeit tritt, wird sein Bestes für den Erfolg der Aufführung tun. Die Rollen sind gut verteilt. Die Arbeiterschaft von Nachterstedt sollte sich diesen Abend auf alle Fälle freihalten. —

Nachterstedt, 16. November. Lohnabbau auf Grube „Concordia". Die Werksleitung hat angekündigt, daß in nächster Zeit die Leistungszulage, die seit 1922 den Handwerkern gewährt wird, herabgesetzt oder ganz entzogen werden soll. Für die Handwerker bedeutet diese Maßnahme ein ungeheurer Lohnausfall. Die durch den vorjährigen Schiedsspruch automatisch am 1. Dezember d. Js. eintretende Lohnerhöhung von 15 ₰ pro Schicht wird durch den Abzug der Leistungszulage, für die gesamte Belegschaft illusorisch. Als im vorigen Jahre die minimale Lohnerhöhung von 25 ₰ pro Schicht eintrat, hat man ebenfalls die übertariflichen Löhne abgebaut. Dadurch war die Lohnerhöhung nicht nur gleich null, sondern es bedeutete für die Belegschaft einen erneuten Lohnausfall. Hinzu kam noch die Einlegung von Feierschichten, wodurch die Arbeiterschaft in der Braunkohlenindustrie noch darüber hinaus gewaltig geschädigt wurde. Wie man unter solchen Umständen von Arbeitgeberseite noch nach einem Lohnabbau, der ja tatsächlich schon durch die vorjährige Kürzung der übertariflichen Löhne und den Lohnverlust durch die Feierschichten eingetreten ist, rufen kann, bleibt unverständlich. Die Not innerhalb der Bergarbeiterschaft ist heute schon so groß, daß unter keinen Umständen dieselbe durch eine Erfüllung der Unternehmerforderungen noch vergrößert werden darf. Der Schlag, der jetzt gegen die Handwerker ausgeführt werden soll, wird natürlich auf den größten Widerstand stoßen. **Wir warnen die Leute in dem großen Gebäude auf dem Riebekplatz in Halle, den Bogen nicht zu straff zu spannen.** Die Braunkohlenindustriearbeiterschaft hat schon gerade genug unter der Wirtschaftskrise zu leiden.

Ditfurt, 17. November. Am Donnerstag fand in der „Schänke" ein Elternabend statt, bei dem Vorträge über die Heimat und die Fremde gehalten wurden. Mit Lichtbildern wurde Ditfurts Vergangenheit vorgeführt. Man zeigte u. a. die „Furt", an der, wie bekannt, hier bei Ditfurt die Bode, die damals ein reißender Strom war, überschritten wurde. Die damalige Landstraße Magdeburg—Halle führte hier über die Bode, so entstanden an dieser Stelle die ersten Siedlungen. — Der Ziegenzuchtverein gab in seiner Versammlung bekannt, daß nunmehr die Herdbücher eingerichtet seien. Die Züchter haben die Lämmer sofort anzumelden. Ziegen, die im nächsten Jahre angeführt werden sollen, sind bis zum 1. Februar kommenden Jahres anzumelden.

Reinstedt, 16. November. Daß es die Arbeiter-Radfahrer verstehen, ihr Vergnügen so angenehm wie nur möglich zu gestalten, bewies das letzte gesellige Beisammensein am Sonntag abend. Die Veranstaltung wurde mit einem Festball und mit einer Verlosung verbunden. In dankenswerter Weise hatte die Mitglieder sowie einige Geschäftsleute die Verlosungsgegenstände gestiftet. Der 1. Vorsitzende, Koll. Richard Krebs, hieß die Erschienenen herzlichst willkommen, dankte für den zahlreichen Besuch und wünschte einen guten Verlauf des Abends. Die gute Jazzkapelle spielte flott zum Tanze auf und Jung und Alt schwang kräftig das Tanzbein. Herr Reinert hatte es sich auch diesmal nicht nehmen lassen, durch ein paar humoristische Vorträge die Anwesenden zu erfreuen und hatte einen großen Erfolg. Mancher war glücklicher Gewinner und nahm einen schönen Gegenstand von der Verlosung mit nach Hause. Alles in allem, es war ein sehr schöner, wohlgelungener Abend, und es sei an dieser Stelle nochmals der Veranstaltern bestens gedankt. R.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301117-16/fragment/page=0008

2. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 270 — Montag, den 17. November 1930 — 5. Jahrgang

„Kulturmensch, freue Dich!“

Weshalb Herr Pinzner, das „gerupfte Kängeruh“, auf die Angeklagebank kam.

Der Berliner Kaufmann Pinzner wurde vom Schöffengericht Berlin-Moabit wegen groben Unfugs, tätlicher Beleidigung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 14 Tagen Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt.

„Herr Richter, und ich sage Ihnen zum letzten Male, ich bin unschuldig! Ich bin absolut unschuldig! Wenn mir der Kerl, der Bertelsmann, nicht diese gottverfluchte Einladung zugeschickt hätte, säße ich nicht hier und mein Familienleben wäre nicht von ruchloser Bubenhand zerrüttet worden . . . Ich bin ein friedlicher Bürger und habe in meinem Leben noch nicht befleckte Hände gehabt. — —“ „Nun, dann wollen wir uns die Hände mal ansehen“ sagt der Vorsitzende und lächelt ein wenig ironisch. Der Vorhang hebt sich . . .

Als der Kaufmann Pinzner eines Spätnachmittags in seinem Gemischtwarengeschäft stand und den Stammkunden mit höflichen und leicht devoten Verbeugungen den verlangten Käse oder den Rosenkohl überreichte, erschien der Postbote, übergab dem eifrigen Kaufmann einen Brief, der die angenehme Unterschrift „Das Vergnügungskomitee“ trug. Mit einigem Erstaunen las Herr Pinzner die folgenden munteren Sätze: „Sehr geehrter Herr! Die Sportvereinigung „Kulturmensch, freue Dich“ ladet Sie zu ihrem am Freitag, den 26. d. Mts., stattfindenden Kostümfest im Lichtsaal des kaufmännischen Vereins ein. Der Ball geht unter der Devise „Nackt, aber oho!“ vom Stapel. Wir bitten Sie, diesem Losungswort unseres Kostümfestes nach Möglichkeit Rechnung zu tragen und zeichnen mit freundlichem Gruß Das Vergnügungskomitee.“ Unter dieser erquickenden Epistel stand noch, handschriftlich hinzugefügt, das Ballstichwort: „Nur immer feste druff.“

Mit Pinzner ging inzwischen eine merkwürdige Wandlung vor. Dieser Bürger, sonst gediegener und glücklicher Familienvater, wurde geradezu übermütig und projektierte die verwegensten Kostüme für den Ball der Vereinigung „Kulturmensch, freue Dich“. Wenn er auch die Devise „Nackt, aber oho!“ nicht in paradiesischer Korrektheit und völlig wörtlich nahm, so muß man doch sagen, daß der gute Kaufmann etwas lacker und mangelhaft gekleidet war, als er sich am Freitag abend in den Lichtsaal des Kaufmännischen Vereins begab, um eine vergnügte Nacht zu verleben. Pinzner, der im allgemeinen ein sehr zurückgezogenes Leben führte, war um so mehr über diesen Ball und seine Möglichkeiten begeistert, als ihm von der Existenz des Vereins mit dem poetischen Namen „Kulturmensch, freue Dich“ bisher nicht das mindeste bekannt gewesen war und er diesen freundlichen Ruf an die wildbewegten Gestade des Kostümballamüsements als eine besondere Ehrung seiner honorigen Persönlichkeit aufzufassen gewillt war. Das Kostüm, das ihm die Gattin in wirklicher Selbstaufopferung geschneidert hatte, war originell.

Es ließ die Füße völlig frei und hüllte im übrigen den kleinen, etwas dickligen Herrn in ein sackartiges Gewand, in dem er, wie die jetzigen Belastungszeugen bekunden, wie ein „gerupftes Kängeruh“ aussah. Auf den Kopf hatte sich der biedere Vergnügungsreisende etwas unmotiviert eine Indianerfeder aus dem Spielzeuglager seines Jüngsten gesteckt.

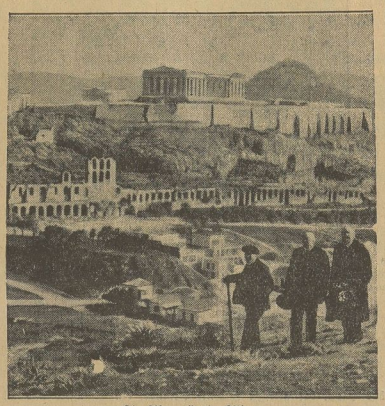
Mit stolz- und erwartungsgeschwellter Brust erschien Pinzner im „Kaufmännischen Verein“, gab seine Garderobe ab, wobei die Augen der immerhin schon allerlei gewöhnten Garderobiere ganz groß und blank wurden, und begab sich dann, nachdem er im Spiegel mit innerlichem Genuß sein exotisches Bild betrachtet hatte, auf den Weg zum Lichtsaal. „Wo wollen Sie hin?!“ fragte ihn der Portier, ein würdiger Herr mit graumeliertem Bart in einem Tonfall wahrer Todesangst. Wie er jetzt vor Gericht bekundet, lief es ihm heiß und kalt über den Rücken, als er den Kaufmann Pinzner in seinem ballfestlichen Aufzug daherkommen sah. „Ich dachte natürlich gleich“, so berichtet er jetzt vor Gericht, „daß ist ein Irrsinniger, der irgendwo ausgebrochen ist und nun als gemeingefährlicher Amokläufer alles über den Haufen prügelt! Wenigstens ist in solchem Aufzug noch nie ein Mensch zu uns gekommen.“ Aber halten wir den dramatischen Ablauf der Vorgänge nicht auf. Die düstere Affäre spitzte sich zu. Der sackbekleidete Pinzner raste sozusagen mit Volldampf ins Verderben. „Wo ich hin will?“ meinte Pinzner verblüfft und etwas verstimmt, „natürlich zum Kostümfest“. Der Portier glaubte, ihn müsse jeden Augenblick der Schlag rühren. Er fühlte seine Kräfte schwinden und schrie dem unheimlichen Gast unter letzter Kraftaufwendung ein „Nein, Nein“ entgegen, während er wie beschwörend die Hände gegen ihn hob.

Was nun folgte, ist unbeschreiblich. Pinzner, von heftigem Unmut geschüttelt und kostümfestberauscht, stieß den nur noch lallenden Portier mit Energie zur Seite und riß die Türen des Lichtsaals mit männlicher Entschlossenheit weit auf. Was er dort sah, ließ ihm das Blut zu Eis werden. Hundertzwanzig Augenpaare, aus denen Hohn, maßloses Erstaunen, Entsetzen und Empörung sprachen, hefteten sich auf den kleinen, etwas dicklichen Herrn, der eine Indianerfeder auf dem Kopf, einen Sack um den Leib und sonst nichts weiter an sich trug. Diese hundertundzwanzig so maßlos erstaunten Augenpaare, die jetzt geradezu übernatürliche Größe anzunehmen schienen, gehörten zu Körpern, die in normalen bürgerlichen Anzügen saßen — kein einziger war kostümiert, kein einziger „nackt, aber oho“ —, alle trugen sie steife Kragen und einer sogar einen altmodisch-großväterlichen Hut. Pinzner sah sich diese Leute wie ein Irrsinniger der Reihe nach an; um Himmelswillen, er kannte sie, es waren seine Vereinskollegen, die sich hier in aller Ruhe und unfestlicher Nüchternheit einen Vortrag über „Die Umsatzsteuerregelung beim kleinen und mittleren Gewerbetreibenden“ anhörten. Herr Pinzner, die Indianerfeder auf dem Kopf und den Sack um den Leib, stand für Sekunden regungslos da, während die anderen, in gleicher Erstarrung versunken, das Phänomen mit derselben Intensität anstarrten. Er herrschte eine unheimliche Stille. Pinzner wollte vor Scham in den Erdboden versinken, aber dann brach es aus ihm los, elementar, wie ein Sturmwind —: mit einem Wutschrei stürzte er sich auf den nächstbesten Kollegen und schlug ihm die Faust mehrmals ins Gesicht. Wilder Tumult, Prügelszenen, Ueberfallkommando und am Schluß für den tragikomischen Kostümballbesucher eine Zwangsjacke. In Moabit sah er seine Vereinskollegen wieder. Diesmal trug auch Herr Pinzner einen normal bürgerlichen Anzug.

Richter und Schöffen konnten sich eines leisen Schmunzelns nicht erwehren, als ihnen aus Angeklagten- und Zeugenvernehmung klar wurde, daß der kostümballfüchtige Pinzner auf den Leim gegangen war, den ihm ein ziemlich niederträchtiger „Spaßvogel“ gestrichen hatte. Die Einladung war eine Finte gewesen . . . Aber könnte man bei schärferem Hinsehen nicht wirklich die Tragikomödie des Kaufmanns Pinzner für eine kleine Tragödie halten?

Kuka.

Die Akropolis in Einsturzgefahr.



Die Akropolis in Athen,

alljährlich das Ziel vieler Tausender von Fremden des klassischen Altertums, befindet sich jetzt in einem so baufälligen Zustand, daß ernste Einsturzgefahr vorliegt. Englische und französische Archäologen haben gegen die Vernachlässigung dieses edlen Dokuments der Vergangenheit bei der griechischen Regierung energischen Protest eingelegt.

Namensvettern im Reichstag.

Kürschners Volkshandbuch „Deutscher Reichstag 1930“, das Ende November dieses Jahres vom Hermann Hillger Verlag, Berlin W. 9, zum Preise von 1,25 Mark herausgegeben wird, entnehmen wir folgende interessante Feststellung: Es sitzen 577 Abgeordnete im Reichstage, aber wenn man den Ehrgeiz hätte, von jedem zu wissen, wie er heißt, so brauchte man sich nicht 577 Namen zu merken, denn es sind viele Namensvettern darunter. Es gibt zwar nur zwei Müller, von denen einer Kanzler war, und nur eine Frau Mueller, es gibt nur eine Meier und einen Schmid, aber es gibt sechs Meyer und fünf Schmidt. Man zählt vier Becker und vier Koch, drei Simon und drei Dietrich, je zwei Albrecht, Esser, Frank, Hartwig, Hergt (einen Minister und einen Landarbeiter), zwei Himler, Kling, Krause, Lang, Lehmann, Schiller, Schneider, Schreiber, Schulz, Schulze, Schumann, Schwarz (zu denen noch ein Schwartz kommt), einen adligen und einen bürgerlichen Ulrich und zwei Weber. Vorhanden sind noch ein Deutschnationaler Graef und ein kommunistischer Gräf, ein Hoffmann und ein Hofmann. Von den fünf Schmidt gehören zwei zum Christlich-sozialen Volksdienst; da dieser nur 14 Abgeordnete hat, so machen die Schmidt gerade ein Siebentel dieser „Fraktion“ aus.

Drama der Not. Ein furchtbares Familiendrama, dessen Ursachen in rein wirtschaftlichen Gründen zu sehen sind, ereignete sich in Gerdauen (Ostpreußen). In Abwesenheit seiner Frau erschoß der Handlungsgehilfe Matenschad seine beiden 3½ Jahre alten Kinder und sich selbst.

Die Rache der Verlassenen. Ein Gastwirt in der Tschechoslowakei, der sich von seiner Freundin losgesagt hatte, überraschte diese gerade dabei, wie sie ihm aus reiner Rachsucht den Gasthof in Brand steckte. Der Gastwirt fesselte das Mädchen, warf es in einer Aufwallung fürchterlicher Wut in die Flammen und verübte dann Selbstmord.

Tollwut eines Kindes. Ein Knabe in der Nähe von Klausenburg (Siebenbürgen), der von einem tollwütigen Hund gebissen worden war, wurde selbst von der furchtbaren Krankheit erfaßt, an deren Folgen er nach kurzer Zeit unter gräßlichen Qualen verstarb.

Erdbeben in Schweden. Starke Erdbebenstöße, die mehrere Sekunden anhielten, werden aus der Gegend von Skovde (Schweden) gemeldet. Die Häuser sollen an einigen Orten so stark erschüttert worden sein, daß die Fensterscheiben zertrümmert wurden.

Gesetz, das tötet

Roman von Frank Arnau

10. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Neuntes Kapitel.

Am Sonntag nachmittag, genau um zwei Uhr, schellte Albert Dominique an der Marsardenwohnung. Unten an der Ansahrt stand der Wagen. Am Steuer saß der neue Chauffeur; ein älterer Mann, sehr ruhig und höflich; nach seinen Ausweispapieren hieß er Wilhelm Maurer und war gebürtig aus Aschaffenburg in Unterfranken.

Juscha öffnete, und ihre Frage: — „Sie haben also wirklich Wort gehalten, Herr Kommerzienrat — eigentlich hätte ich das nicht gedacht!“ — wurde durch die Tatsache Lügen gestraft, daß sie bereits abfahrbereit angezogen war.

Frau Lehner war zu einer Mitfahrt nicht zu bewegen. Besorgnisse, häufige Autounfälle betreffend, wurden hinsichtlich Juschas durch zahlreiche Ratschläge ergänzt: Vorsicht und reichlich warme Kleidung schienen das Wesentlichste auszumachen.

Albert Dominique wandte sich an Frau Lehner:

„Sie haben doch nichts dagegen, Frau Rechnungsrat, daß Ihr Fräulein Tochter — mit mir einen kleinen Ausflug unternimmt?“

Ein merkwürdiger, lang andauernder und dann unstet abwandernder Blick traf ihn: „Als ich jung war, wäre ein solcher Ausflug eines jungen Mädchens mit einem — doch eigentlich fremden Herrn nicht schicklich gewesen. Aber die Zeiten haben sich ja grundlegend geändert.“ Sie reichte ihm die Hand: „Hoffentlich passiert nichts! Lassen Sie den Wagenführer ja nicht zu schnell fahren!“

Juscha lächelte:

„Mutter ist sehr ängstlich.“

Albert Dominique verabschiedete sich von der Mutter: „Ist Ihr Fräulein Tochter auch so ängstlich?“ Juscha kam mit der Antwort zuvor:

„Wovor sollte ich Angst haben?“

Als sie mit Albert Dominique den Wagen bestieg, verfolgten sie die Blicke des Stubenmädchens, der Zofe und der Köchin mit an den Fensterscheiben platzgedrückten Nasen. — —

Sie wußte nicht, wohin die Fahrt ging; sie fragte auch nicht danach. Sie erlebte dieses große Wunder der unerhörten Fahreigenschaften eines ganz großen und teuren Wagens. Samtweich gefedert, ohne die Unebenheiten der Straße auf die Sitze zu übertragen, glitt das mächtige Fahrzeug geräuschlos wie ein Schatten, im Abbremsen wie im Anziehen wundervoll gedämpft, über die Straßen.

Sie saß wortlos neben dem Mann an ihrer Seite, der selbst in diesen ersten Minuten nichts zu sagen vermochte. Der Tiergarten war längst hinter ihnen, es ging die breite Kaiserstraße nach der Avus zu, und hier entfaltete die Maschine alle Kräfte ihres eigenen Wesens. Der Wagen raste, von Zauberhänden gezogen, erschütterungsfrei, mit scheinbar unerschöpflicher Kraft die Rennstrecke dahin, riesenhafte Reklamen, Säulen, Bäume des Grunewalds, Vorortzüge zur Linken, rasten in atemlosem Tempo vorbei, Wannsee kam, ein Stück altes Potsdam, dann rechts ab, Straßen, Chausseen, Landstraßen schienen wie dünne Streifen hinter dem Wagen ineinander zu gleiten — Wälder tauchten auf und entglitten — — und alles, was Albert Dominique und Juscha Lehner sich zu sagen hatten, klang aus in Tiefe und Stille, Freude des Mädchens und in das wohltuende Empfinden des Mannes, die Freude geben zu können.

In Brandenburg an der Havel wurde Kaffee getrunken. Der Tag war warm, die Sonne schien; nur wenige Leute waren auf der Terrasse.

Man trank Bohnenkaffee und aß dazu gut bürgerlichen Streuselkuchen.

Juscha sprach über die gleichgültigsten Dinge. Sie suchte mit Absicht die möglichst zwanglose Unterhaltung, die sie ohne Gefahr und auch ohne Konzentration führen konnte; zwischendurch glitten Selbstgespräche durch ihr Denken. Einen Augenblick wollte sie Albert Dominique mit großer Geradheit nach seiner Frau fragen, nach allerlei Dingen, die damit zusammenhängend sein mochten, — aber dann war es ihr wieder, als wären diese Fragen irgendwo in einer ganz unbestimmten Ferne. Eine wehmütig süße Stimmung, Abglanz der milden und ermüdeten Oktobersonne, glänzte in ihr. Ihre Worte wurden seltener; sie ließ sich von Albert Dominique erzählen.

Auf der Rückfahrt stiegen sie an einem Stück Seeufer aus. Der Wagen parkte an einem Waldsaum. Albert Dominique ging mit Juscha langsam das Ufer entlang. Unmerklich für sich und sie hatte er sie zaghaft unter den Arm gegriffen; als sie es beide merkten, ließen sie es dabei bewenden und gingen Arm in Arm am Wasser entlang.

Albert Dominique sprach mit einer leisen, ihm selbst unbekannten Stimme.

„Ich vermag Ihnen gar nicht zu sagen, wie sehr ich dankbar ich Ihnen bin! Ich habe das Gefühl, als wenn diese Minuten ein kostbares Geschenk des Himmels wären — diese Minuten, die uns gehören — uns und niemand anderem.“

Sie senkte den Kopf, erwiderte nichts.

Auf dem leicht bewegten Wasser tanzte das Licht, ein paar schneeweiße Segel ruhten auf dem grünen Spiegel, und Wolken aus dem unendlichen All zitterten in der Bläue des Himmels.

Der Weg führte vom Ufer fort durch Niederholz nach dem Wald. Große Ruhe umschloß sie beide. An einer Lisiere blieben sie stehen. Die Sonne sandte nur spärliche Lichtflecken auf die entgrünte Rasenfläche. Ganz von weither kamen die unbestimmbaren Geräusche des Lebens.

Albert Dominique nahm die Hand des Mädchens. Sie ließ es geschehen.

Er sah sie groß an.

Sie vermochte nicht, ihren Blick abzuwenden, sie sah ihn unmittelbar an.

Ein Gefühl, unsicher und doch bestimmt, lösend und bindend zugleich, fern und nah, gleichzeitig beide umfangend, strahlte über sie.

Erschreckend und verhalten, dennoch aufatmend im Ausklang aller inneren Spannungen, spürte sie des Mannes Umarmung, seine Küsse, seine Begehrlichkeit. Sie erschauerte unter diesem Druck.

Er fragte sie dann:

„Hast du mich denn ein klein wenig lieb?“

Sie sah ihn groß an und schwieg. Sie begriff die Frage nicht; sie dachte nur: würde ich mich denn küssen lassen, wenn ich dich nicht lieb hätte? — Aber diese Frage gewann keine Stimme.

Er fühlte das Unausgesprochene und nahm sie mit aller Kraft in seine Arme.

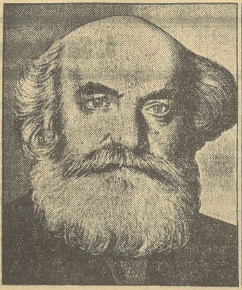
Sie fuhren nach Hause.

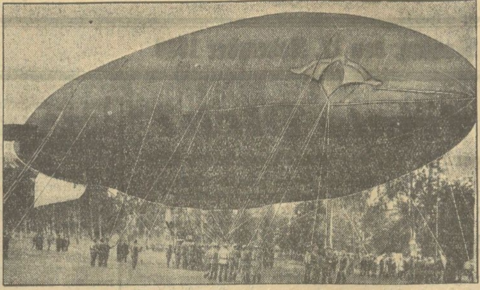
Es war kühl geworden. Das Mädchen lehnte ganz dicht an ihm, und alle Ansätze zum Reden verstatterten im Reiche unausgesprochener Gedanken.

Albert Dominique versuchte, seine Gefühlswelt zu erfassen; es gelang ihm nicht. Er glaubte jetzt an das unmittelbare Wunder: an eine grenzenlose, nur Hingabe und letzte Zärtlichkeit gebende Liebe. Alles Sachliche, alles Dingliche war aufgesogen von einem spätherbstlichen Sonntagnachmittag. Beim Aufblitzen der ersten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301117-16/fragment/page=0009

Rußland baut lenkbare Luftschiffe.





Auch der Militärstaat Rußland beginnt, sich stärker für den Bau lenkbarer Luftschiffe zu interessieren. Das erste lenkbare Luftschiff „Komsomolskaja Prawda“ ist jetzt fertiggestellt und wird seinen ersten größeren Flug über 900 Kilometer auf der Strecke Moskau—Tula—Kursk—Charkow ausführen. — **Links:** Ingenieur N. Fomin, der Erbauer des ersten Sowjetluftschiffs. — **Rechts:** „Komsomolskaja Prawda“, das erste lenkbare Luftschiff der Sowjets.

Wirtschaft und Handel.

Der Zementabsatz wird für Oktober mit 453 000 Tonnen angegeben gegenüber 510 000 Tonnen im September 1930. Der Oktoberabsatz 1929 machte 677 000 Tonnen aus.

Senkung der Kartoffelfrachten. Die Reichsbahn hat sich zu einer Senkung der Kartoffelfrachten entschlossen. Die gewährten Ermäßigungen schwanken, je nach der Entfernung, zwischen etwa 30 bis 20 Prozent.

Marktberichte.

Berliner Getreidebörse vom 15. November.

	14. November	15 November
	(ab märkische Station in Mark).	
Weizen	250.— bis 251.—	249.— bis 250.—
Roggen	153.— bis 155.—	153.— bis 155 —
Braugerste	186.— bis 212.—	186.— bis 212 —
Futter- u. Industrie-Gerste	170.— bis 180.—	170 — bis 180.—
Hafer	141.— bis 151.—	141 — bis 151.—
Weizenmehl	29.00 bis 37.50	29.00 bis 37.50
Roggenmehl	24.25 bis 27.25	24.10 bis 27 15
Weizenkleie	8.00 bis 8.50	8.25 bis 8.75
Roggenkleie	7.50 bis 8.00	7.75 bis 8.25

Buttermarkt. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 15. November: I. 137 Mark, II. 123 Mark, III. 107 Mark je Zentner. Tendenz: stetig.

Sämereien-Wochenbericht
d. Firma A. Metz & Co. Nachfolger G. m. b. H. Berlin.

Wir notieren heute freibleibend für seidefreie Saaten mit hohen Gebrauchswerten je nach Qualität für 50 kg ab Groß-Berlin zur sofortigen Lieferung, in Reichsmark:

Rotklee . . .	Mk.	62.00— 76.00	Timothee . .	Mk.	38.00— 52.00
Schwedenklee	„	60.00— 70.00	Kammgras . .	„	98.00—113 00
Luzerne . . .	„	68.00—104.00	Glatthafer	„	125 00—156.00
Esparsette . .	„	32.00— 35.00	Wiesenrispengras	„	188.00—210.00
Weißklee . .	„	96.00—128.00	Gemeine Rispe	„	160.00—170.00
Gelbklee . .	„	33.00— 38.00	Lupinen, gelbe u. blaue		z. Tagespr
Wiesenschwingel	„	62.00— 70.00	Seradella, Wicken,		
Fioringras .	„	125.00—140.00	Peluschken		z. Tagespr
engl. Raygras	„	30.00— 41.00			
ital. Raygras	„	32.00— 36.00			

Bücher und Schriften.

Kürschners Volkshandbuch Deutscher Reichstag 1930, das Ende November dieses Jahres vom Hermann Hillger Verlag, Berlin W. 9, zum Preise von 1,25 Mark herausgegeben wird, bringt neben vielen anderen interessanten Uebersichten auch folgende über: Die Frauen im Reichstag: Im Reichstag 1928 saßen 31 Frauen, in dem eben gewählten von 1930 ab 39. Sie haben also prozentual stärker zugenommen als die männlichen M. d. R. Kürschners „Deutscher Reichstag“ (Hermann Hillger Verlag), der soeben erschienen ist, erzählt, daß 16 der Damen der Sozialdemokratie angehören und 12 den Kommunisten. Die Deutschnationalen haben 3, das Zentrum hat 4 weibliche Abgeordnete entsandt, und der Christlich-soziale Volksdienst, die deutsche Staatspartei, die deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei je eine Frau. Unter den 107 Nationalsozialisten ist nicht eine einzige Frau.

Der „König“ von Irland gestorben.

Pierre Charles de Lacy O' Mahoney.

das Haupt der ältesten Familie Irlands, ein bekanntes und oft belächeltes Original der „grünen Insel“, ist auf seinem Stammsitz in Wichlow (Irland) im Alter von 80 Jahren gestorben. Der Stammbaum seiner Familie geht angeblich bis auf die Tochter von Brion Boru, dem großen Treukönig zurück, der 1014 die Dänen aus Irland vertrieb. O' Mahoney vergaß nie den Ruhm seines Namens und kleidete sich auch dementsprechend phantastisch.

Jugendbewegung

Sozialistische Arbeiter-Jugend. (S. A.-J.)

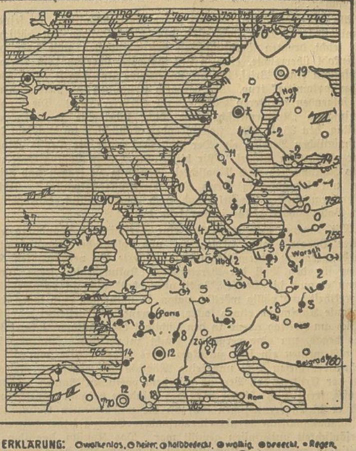
Halberstadt. Montag: Gemeinsamer Hordenabend. Fortsetzung des Themas von voriger Woche. — Dienstag: Um 20 Uhr findet im Lehrerzimmer des Marie Hauptmannstiftes eine wichtige Vorstands- und Funktionär-Zusammenkunft statt.

Kinderfreunde Halberstadt. Am Dienstag ist Falkenversammlung. Seid alle pünktlich. **Rote Falken.** Wir gehen am Mittwoch auf Fahrt zum Winterlandheim, aber nur bei gutem Wetter. Treffpunkt 8 Uhr am Fürstenhof. Zieht euch warm an und vergeßt den Fahrtengroschen nicht. Bringt einen Trinkbecher mit.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Halberstadt. Am Bußtag finden ab 13 Uhr auf dem Anger vier Handballspiele statt. Unsere Schutzsportler haben sich einen sehr scharfen Gegner verpflichtet und zwar „Fichte“ Helmstedt (Braunschweig). Es ist Ehrenpflicht aller Kameraden, durch ihr Erscheinen auf dem Platze die Sportler zu unterstützen. **Schutzsportabtlg.** Heute abend pünktlich 19.30 Uhr müssen sämtliche Handballspieler im Heim erscheinen. Wir müssen die Mannschaften zum Mittwoch aufstellen. Helmstedt (Braunschweig) kommt mit drei Mannschaften. Nach dem Heimabend: Instrumente mitbringen.

Amtliche Wetternachrichten.



ERKLÄRUNG: ○ wolkenlos, ◔ heiter, ◑ halbbedeckt, ◕ wolkig, ● bedeckt, • Regen, * Schnee, ∞ Dunst, ≡ Nebel, R Gewitter, △ Graupeln, ▲ Hagel, ◎ Stille, sehr leicht, leicht, schwach, mäßig, frisch, stark, steif, stürmisch, voller Sturm. Die Pfeile fliegen mit dem Winde. Die eingezeichneten Linien (Isobaren) verbinden die Orte mit gleichem Luftdruck. Die neben den Orten stehenden Zahlen geben die Lufttemperatur an.

Wetterdienststelle Magdeburg.

Voraussichtliche Witterung bis 16. November, abends:

Am Sonnabendvormittag war es heiter. Gegen Mittag bezog sich der Himmel und die Bewölkung hielt bis nach Mitternacht an. In den späten Abendstunden stieg die Temperatur noch einmal an, als sich eine Kaltluftmasse nach Osten zurückgezogen hatte. Gleichzeitig setzte Regen ein. Um Mitternacht drang neue Kaltluft von Norden unter Sturmböen ein. Die Temperatur sank in kurzer Zeit um 8 Grad. Am Sonntagmorgen war der Himmel klar und die Temperatur lag nur wenig über Null Grad. Ueberall wurde Reif beobachtet. In den nächsten Tagen strömen weiterhin Kaltluftmassen über Mitteleuropa hinweg, in denen selbst zur Mittagszeit die Temperaturen nur einige Grade über Null liegen werden. Es ist weiterhin mit Schauern zu rechnen, die uns vielfach sogar Schnee bringen können. Im Harz bleibt das Frostwetter bestehen und die Schneefälle werden sich wiederholen.

Aussichten: Kaltes, wolkiges Wetter mit mäßigem Nordwind und Schauern. Nachtfrost.

Bogenlampen war es für einen Augenblick, als käme die sachliche Helligkeit in sein Fühlen und Denken; er wollte resümieren, sich selbst seine Wunsch- und Traumwelt reduzieren, — sich klar werden.

Er versank aber nach wenigen Augenblicken in diese wunderbar plötzlich sich ihm geöffnete Welt des berauschenden Gefühls gewährter und empfangener Selbstlosigkeit.

Juscha fühlte nur die Nähe des Mannes. Es war das Erstmalige in ihrem Leben. Es umfing sie mit der ganzen Kraft erweckter Weiblichkeit. Es umgab sie mit der ganzen Unrealität dieser Wünsche, die nun eben dadurch, daß sie Erfüllung gefunden hatten, für sie selbst noch unwirklicher zu werden schienen; eine tiefinnere Freudigkeit strömte alles aus: der wunderbare Wagen, der Mann, der sich verneigende Wagenführer, die Landschaft, die Terrasse und der See und die Umarmung und Küsse und irgendwelche vagen und doch fühlbaren Gedanken zur Zukunft — all dies wurde zusammengeschweißt zu einem einzigen glückhaften Gefühl, aus dem sich die Problematik, die Gedanken um den Altersunterschied, die ausführbaren Möglichkeiten gar nicht herausschälen ließen. —

Sie fuhr noch bis in ihre Träume hinein immer weiter in dem Automobil der Wünsche, und es war kein Ziel abzusehen.

Zehntes Kapitel.

Was früher niemals vorgekommen war, ereignete sich nun bisweilen, daß Juscha augenscheinlich zerstreut und mit irgendwo weilenden Gedanken arbeitete.

Jetzt, bei Tageslicht besehen, wirkte alles anders. In gedrängter Kürze wurde ihr klar, daß zumindest eine starke und bewußte Sympathie für den Mann in ihr war; über die Einzelheiten ließ sich kein Aufschluß erzielen, immerhin sagten ihr aufkeimende Zweifel, daß es sich doch kaum um die einmalige große Liebe handeln könnte. Ihre Unkenntnis von eben dieser hinderte aber die volle Auswirkung des an sich richtigen Gefühls. Die starken Erregungsmomente, die sich schon bei jenem ersten Mal, da sie sich im Walde in seinen Armen fühlte, ergaben, erfuhren eine Steigerung; ihrerseits mehr passiv, nahm sie die Liebkosungen des Mannes doch gerne hin. War er ihr wieder fern, so empfand sie mitunter starke Peinlichkeit, ohne sich der Ursachen klar zu werden.

Was sie am meisten bedrückte, war der Zwang zur Unwahrheit ihrer Mutter gegenüber.

Albert Dominique fühlte, da die großen ideellen Aufpeitschungen in den Realitäten seines Tageslebens zerflatterten, immer stärker die bewußt werdende Leidenschaft zu dem erwachten jungen Weibe. Ein Gedanke, der ihm ganz wie von ungefähr für den Bruchteil einer Sekunde während der ersten großen Begegnung mit Juscha gekommen war, war völlig verweht und vergessen, — er dachte überhaupt nicht daran, in seinen ehelichen Beziehungen zu Lu, die sich auf rein materieller Basis bewegten, eine Aenderung eintreten zu lassen.

Ebenso klar stellte er die Gesamtheit seiner Bestrebungen auf dies eine Ziel: das Mädchen zu gewinnen. Kluge Voraussicht, daß alle Uebereilung sie abschrecken mußte, ließ ihn seine Gefühlsäußerungen dämpfen, er stimmte sie auf die anfängliche Zärtlichkeit und Hingabe ab, was ihr wohl tat und sie vertrauensvoll machte.

Die Beziehungen zwischen dem Mädchen und ihm hatten so etwas von einer latenten Gefahr an sich, die besonders aufreizend die Widerstandskräfte des Mädchens zermürbten.

Er rief sie stets im Büro im Anschluß an die Nachbörse an, holte sie einige Häuser vom Büro entfernt ab, in einer Seitenstraße wartete der Wagen, und sie fuhren in eine kleine Konditorei. Die Idee mit seinem Haus am Wannsee hatte er nicht durchgeführt; die Oekonomie der Zeit sprach zu sehr gagegen.

Das tägliche Zusammentreffen mit Juscha erschwerte ihm die Besuche bei seiner Frau zur Unerträglichkeit. Es war ihm einfach unmöglich, sie jeden Tag aufzusuchen. Als er am dritten Tag, den wiederholten telephonischen Anrufen folgend, Lu besuchte, weilte er kaum eine Viertelstunde bei ihr; ihr Zynismus, die ganz unfaßbare Gegensätzlichkeit zu der herben Süße des Mädchens Juscha trieben ihn fort. Am achten Tage meldete ihm seine Sekretärin, gleich vormittags beim Betreten seines Büros, den dringenden Wunsch des Herrn Professors Hubermann, den Herrn Kommerzienrat unbedingt zu sprechen. Albert Dominique fuhr nach der Klinik. Unter denselben etwas zeremoniellen Vorgängen wie beim erstenmal kam der Professor mit gewichtiger Miene auf die Angelegenheit zu sprechen:

„Was ich befürchtet habe, mein lieber Herr Kommerzienrat, ist leider eingetreten. So bitter das ist, so entschieden muß ich als Arzt nur der Wahrnehmung dieser meiner Pflicht dienen: eben nur Arzt zu sein. Die Hoffnungen, die Sie und Ihre gnädige Frau Gemahlin gehegt haben, können sich leider nicht erfüllen. Das Einverständnis der gnädigen Frau haben wir ja dank Ihrer liebenswürdigen Fürsprache nun erhalten — Ihr Einverständnis mit der Unterbrechung der Schwangerschaft darf ich wohl als gegeben erachten?“ —

Albert Dominique hatte im Augenblick die Empfindung: Aufstehen und Fortlaufen. Dann sagte er traurig und niedergeschlagen: „Es bleibt mir ja gar keine andere Möglichkeit, Herr Professor!“ Nach einer kurzen Pause, während eines sanften Nickens des berühmten Gynäkologen, sagte er dann im Frageton: „Ich nehme natürlich an, Herr Professor, daß irgendwelche rechtlichen Bedenken bei diesem Eingriff — ich wollte sagen, bei dieser Operation, — nicht vorhanden sind —“

Der Professor sah ihn mit merkwürdigem Blick an: „Der vorliegende Fall schließt rechtliche Bedenken aus. Wir sind mit der größten Genauigkeit, mit der selbstverständlichen Korrektheit, die unser ärztlicher Beruf erfordert, und mit aller Präzision, die die modernsten wissenschaftlichen Methoden erlauben, vorgegangen. Die Befunde sind von dem chemischen Laboratorium meiner Klinik protokollarisch festgelegt, sowohl mein Kollege, der hinzugezogene Universitätsprofessor, wie auch mein Oberarzt und mein Assistenzarzt haben selbstverständlich, — und zwar jeder getrennt für sich und überdies dann beim Konsilium, — identische Beschlüsse gefaßt.“

Der Kommerzienrat erhob sich. Auf dem Schreibtisch des Professors, der eben telephonisch verlangt wurde, lag die Krankheitsgeschichte seiner Gattin. In der Einleitung las er flüchtig den Bericht über die der Schwangerschaft vorangegangene mehrmonatige Reise — — ein Gefühl entsetzlicher qualvoller Scham überkam ihn. —

Er begab sich zu seiner Frau.

Sie sprang frisch und munter auf, als er eintrat:

„Das ist ja charmant, daß du Zeit findest, mich zu besuchen. Du hast doch hoffentlich mit dem Professor alles besprochen —?“

„Ja. — Hast du sonst irgendwelche Wünsche?“

Sie sah ihn hart und unerbittlich an.

„Du hast es wohl besonders eilig, wie?!“

Er antwortete sachlich und ruhig:

„Ich habe es nicht eiliger als sonst, aber ich glaube nicht, daß du auf meine Anwesenheit besonders großen Wert legst.“

„Nicht eiliger als sonst? Das darf ich doch vielleicht bezweifeln!“

„Wie meinst du das?“

„Ich bin unterrichtet, mein Lieber!“

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301117-16/fragment/page=0010

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Molkenbuhr, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Reklame u Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 270 — **Montag, den 17. November 1930** — **5. Jahrgang**

Ein Wahl-Sonntag.

Gemeindewahlen in Baden.

Karlsruhe, 17. November. (EF.) Die Wahlen zu den Gemeindeparlamenten sind ruhig verlaufen. Die Beteiligung betrug zwischen 50 und 60 Prozent, also 20 Prozent weniger als bei den Reichstagswahlen. Dementsprechend ist auch bei den einzelnen Parteien der Stimmenrückgang. Im Vergleich zu den letzten Gemeindewahlen im Jahre 1926 hat die SPD. vielfach beträchtliche Zunahme an Stimmen zu verzeichnen, während sie zu den Reichstagswahlen ebenso wie fast alle anderen Parteien teils größere teils geringere Verluste buchen muß. Auch die Nationalsozialisten haben im allgemeinen Verluste erlitten. Insgesamt betrachtet lassen die Ergebnisse der Gemeindewahlen jedoch eine rückläufige Bewegung bei den Nazis noch nicht erkennen. Das Zentrum hat sich verhältnismäßig gut gehalten. Bei der Volkspartei und der Staatspartei nimmt der Zersetzungsprozeß, wie das Ergebnis der Wahlen zeigt, munter seinen Fortgang. Die Kommunisten haben auch Verluste erlitten, sich jedoch im großen und ganzen angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage ziemlich behauptet.

Im einzelnen registrieren wir folgende Wahlergebnisse:

		Reichstagswahl 1930	Gemeindewahl 1926
Mannheim:			
Zentrum	17242	18476	10861
Sozialdemokraten	28838	38776	21442
Deutsche Volkspartei	5631	—	9022
Nationalsozialisten	17145	18845	—
Staatspartei	4585	—	—
Kommunisten	16171	20051	10184
Deutschnationale	1361	1891	236
Karlsruhe.			
Zentrum	11017	14659	8469
Sozialdemokraten	12783	21608	11802
Deutsche Volkspartei	2489	—	5734
Nationalsozialisten	18850	23012	—
Staatspartei	2034	—	2247
Kommunisten	5695	8596	2813
Deutschnationale	1531	2378	4245
Freiburg:			
Zentrum	12965	15451	7631
Sozialdemokraten	7959	10685	5092
Nationalsozialisten	6236	7093	—
Wirtschaftspartei	3138	3142	3785
Volkspartei und Staatspartei	327	—	—
Kommunisten	1540	2964	709
Heidelberg:			
Zentrum	5583	7028	3574
Sozialdemokraten	6972	9006	5284
Nationalsozialisten	14045	14282	—
Staatspartei	1749	—	—
Kommunisten	3901	5133	2439
Evangelischer Volksdienst	2852	2394	—
Volkspartei	997	1468	—
Pforzheim.			
Zentrum	1987	2984	1502
Sozialdemokraten	7101	10959	5892
Volkspartei	1737	—	2914
Nationalsozialisten	7022	8587	—
Staatspartei	1235	—	1419
Kommunisten	2613	4914	7184
Evangelischer Volksdienst	1998	2259	—
Deutschnationale	2032	2858	3541
Wirtschaftp. und Volksp.	3179	3014	—

In Mannheim, der größten Stadt des Landes, ziehen die Nationalsozialisten mit 14 Vertretern und in Heidelberg mit 30 von insgesamt 84 Bürgerausschußmitgliedern ins Gemeindeparlament ein. In Karlsruhe erhalten sie 26 Sitze. Sie sind hier die stärkste Partei. Die Sozialdemokratie ist in Karlsruhe von 24 auf 18 Mandate zurückgegangen. Das Zentrum ging von 19 auf 16 zurück. Die Kommunisten steigerten ihren Besitzstand von 6 auf 8. In Pforzheim erhält die SPD. 21 Sitze (22), die Nationalsozialisten 20 (—). Das Zentrum erhält 5 (5) und die Kommunisten 7 (6).

*

Mecklenburger Gemeindewahlen

Schwerin, 17. November. (Eig. Funkm.) Am Sonntag wurden in beiden Mecklenburgs die Kommunalparlamente neu gewählt. Die Wahlen sind ohne Störungen verlaufen. Ihr Ergebnis wird im Vergleich zu den letzten Reichstagswahlen gekennzeichnet durch einen **weiteren Aufstieg der Nationalsozialisten,** die durchschnittlich 20 bis 25 Prozent zugenommen und einer **katastrophalen Niederlage der Deutschnationalen und der Volkspartei.** Soweit die Deutschnationalen und Volksparteiler nicht auf eine sogenannte Einheitsliste zusammenmarschierten, kehren sie fast überall nur noch als Splitter in die neuen Stadtparlamente zurück.

Verluste hat auch die Sozialdemokratie erlitten, und zwar sowohl im Vergleich zu den Reichstagswahlen als auch zu den letzten Gemeindewahlen im Jahre 1927. Dieser Rückgang ist in erster Linie auf die schwache Wahlbeteiligung zurückzuführen, die um 20 Prozent geringer war als bei den Reichstagswahlen. Andererseits ist es eine alte Erscheinung, daß viele sozialdemokratische Wähler sich bei den Gemeindewahlen lokal eingestellten Splitterparteien zuwenden. Die Kommunisten haben gegenüber der Reichstagswahl ebenfalls Verluste erlitten, jedoch im Vergleich zu den letzten Gemeindewahlen Gewinne erzielt. Wir registrieren an Ergebnissen (die Vergleichsziffern sind die Ergebnisse der letzten Reichstagswahl):

Schwerin. Sozialdemokratie 7848 (10 863), Bürgerl. Einheitsliste 5899, Nationale Wirtschaft 1825, Kommunisten 676 (906), Nationalsozialisten 6513 (5111), Christl. Volksdienst 327 (393), Fortschrittliche Liste 315.

Mandatsverteilung: Sozialdemokraten 17, Bürgerl. Einheitsliste 11, Gruppe für Volkswohlfahrt 3, Nationale Wirtschaftsliste 3, Kommunisten 1 und Nationalsozialisten 13.

Neustrelitz. Sozialdemokraten 1088 (2133), Kommunisten 512 (630), Nationalsozialisten 713 (1196). Beamte 1033, Handel und Gewerbe 790, Volksrechtspartei 303, Deutschnationale 593 (1144), Christlichsozialer Volksdienst 224.

Mandatsverteilung: Sozialdemokraten 4, Kommunisten 2, Beamte 3, Nationalsozialisten 3, Handel, Handwerk und Gewerbe 3, Volksrechtspartei 1 und Deutschnationale 3.

Wismar. Sozialdemokraten 5615 (6200), Nationalsozialisten 3401 (2655), Kommunisten 1809 (1979), Bürgerl. Einheitsliste 3658 (2990 letzte Gemeindewahl).

Rostock. Sozialdemokraten 14 514 (19 600), Deutschnationale 3798 (6291), Wirtschaftspartei 1608 (5112), Hausbesitzer 3315, Mieter 494, Volkspartei 1149 (3626), Kommunisten 3500 (4224), Staatspartei 539 (1578), Nationalsozialisten 9250 (8175).

Die Rostocker Stadtverordnetenversammlung setzt sich in Zukunft folgermaßen zusammen: Sozialdemokraten 23, Deutschnationale 6, Wirtschaftspartei 2, Hausbesitzer 5, Deutsche Volkspartei 1, Kommunisten 5, Mieter 1, Nationalsozialisten 15, Christlich-Soziale 1 und Angestellte 1.

Güstrow. Sozialdemokraten 3159 (4378), Nationalsozialisten 1431 (1979), Bürgerl. Einheitsliste 3403 (3647 letzte Gemeindewahl), Kommunisten 893 (1093).

In der Stadtverordnetenversammlung sind in Zukunft: Sozialdemokraten 10, Volkswohlfahrt 4, Kommunisten 2, Nationalsozialisten 4 und Bürger 10.

*

Danzig wählt neues Parlament.

Danzig, 17. November. (Eig. Funkm.). Die Wahlen zum Danziger Volkstag zeigen das gleiche charakteristische Bild wie alle Wahlen der letzten Zeit in der deutschen Heimat der Danziger Bevölkerung. Auch hier haben die extremen Parteien, Nationalsozialisten und Kommunisten, am Sonntag die Haupterfolge erzielt. Die Stimmen verteilen sich wie folgt:

		1927	Mandate
Sozialdemokraten	53 741	61 779	19 (42)
Deutschnationale	27 533	35 826	10 (25)
Zentrum	30 841	26 096	11 (18)
Kommunisten	22 489	11 700	7 (7)
Nationalliberale	4 465	8 331	2 (7)
Dtsch.-Danz. Wirtschaftsp.	6 056	8 010	2 (6)
Deutsch-Liberale	3 400	6 204	2 (6)
Beamtenpartei	4 886	4 227	1 (3)
Polen	6 441	5 764	2 (3)
Mieter	1 306	1 686	0 (1)
Fischer	1 637	—	0 (1)
Nationalsozialisten	34 294	2 130	13 (1)
Eisenbahner	3 547	—	1 (0)
Christliche Volkspartei Zentrumssplitter	1 623	—	0 (0)
Deutsche Volksgemeinschaft			
Stadt	1 527	—	0 (0)
Land	6 975	—	3 (0)

Bei den Mandatsziffern ist zu berücksichtigen, daß der neue Volkstag nach der in Genf angenommenen Verfassungsänderung nicht 120, sondern nur 72 Abgeordnete zählt.

*

Terrorwahlen in Polen.

Warschau, 17. November. (EF) Die Sejmwahlen in Polen standen vollkommen unter dem Zeichen stärksten Terrors der Polizei und der Behörden. Die Agitation und sogar die Stimmzettelverteilung der Oppositionsparteien, vor allem des Linksblocks, waren vollkommen unterbunden, da die Polizei oder bewaffnete Regierungsanhänger in jedem Falle mit Gewalt gegen Oppositionsanhänger vorgingen. Dagegen entwickelte der Regierungsblock eine Riesenpropaganda.

In Lodz verübten mehrere hundert Mann starke Banden der Regierungspartei Ueberfälle auf sozialistische Parteilokale, die völlig demoliert wurden. 30 Personen wurden zum Teil sehr schwer verletzt. In einigen Wahlbezirken wurden die Oppositionellen Wahlausschußmitglieder verhaftet. Anschließend wurde das Wahlergebnis bekanntgegeben, das natürlich bei angeblich 100prozentiger Wahlbeteiligung lauter Regierungsstimmen aufwies. Die Wahlbeteiligung war im allgemeinen sehr stark.

Die Steuer-S[illegible]

Der fragwürdigste Teil des [illegible]

Einer der wesentlichsten Punkte des Wirtschafts- und Finanzplans der Reichsregierung ist — so sagt die Regierung selbst — der Entwurf eines Gesetzes über die Senkung der Realsteuern. Das Kernstück dieses Gesetzes ist die schematische Senkung der Realsteuern vom 1. April 1931 ab. Die Grundsteuer soll um 10 Prozent, die Gewerbesteuer um 20 Prozent gesenkt werden, wobei anstelle der Ermäßigung der Grundsteuer unter bestimmten Voraussetzungen eine Senkung der Hauszinssteuer um 3 Prozent treten kann.

Die Mittel für die Senkung der Realsteuern sollen Länder und Gemeinden aus dem Wohnungsanteil der Hauszinssteuer entnehmen. Während bisher rund 800 Millionen jährlich — also etwa die Hälfte — aus dem Ertrag der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau verwendet wurden, soll in Zukunft nur noch ¼ diesen Zwecken nutzbar gemacht werden. Der dadurch freiwerdende Betrag von 400 Millionen soll in Höhe von etwa 320 Millionen Ländern und Gemeinden als Entschädigung für die Senkung der Realsteuern zufließen. Der Rest von 80 Millionen soll nach Wahl der Länder entweder zur Unterstützung von Gemeinden verwendet werden, die durch Wohlfahrtslasten besonders belastet sind, oder der verstärkten Senkung der Hauszinssteuer dienen oder weiter zur Förderung des Wohnungsbaues benutzt werden.

Neben dem Zwang zur Senkung der Realsteuern verbietet der Gesetzentwurf ihre erneute Erhöhung. Länder und Gemeinden werden verpflichtet, keine höheren Steuersätze anzuwenden, als vor dem 1. Oktober 1930 in Geltung waren und von diesen Sätzen müssen noch die Senkungsbeträge abgezogen werden.

Weiter sieht der Gesetzentwurf eine Verschärfung der Bestimmungen über die Bürgersteuer vor. Während nach der Notverordnung die Bürgersteuer oder die Gemeindebiersteuer von den Gemeinden erhoben werden müssen, die ihre Realsteuersätze nach dem 1. August 1930 erhöht haben oder erhöhen wollen, soll nach dem Gesetzentwurf die Verpflichtung zur Erhebung beider Steuern eintreten, wenn höhere Sätze erhoben werden, als am [illegible]em sollen die Geme[illegible] zur Bürgerste[illegible]d.

Alle[illegible]s Steuerver-einheitl[illegible]Für die Zeit nach de[illegible]orschriften in Aussich[illegible]

Sch[illegible]ergünstigung[illegible], die vom 1. Apri[illegible]erden. Diese Wohng[illegible]euer, Einkommensteu[illegible]ufbringungssteuer [illegible]

Die[illegible] die Senkung der Re[illegible]abe und verspricht [illegible]er Betriebe, Preisse[illegible] solche schönen Dinge [illegible] darauf hin, daß d[illegible] Vorkriegszeit um m[illegible]agogische Uebe[illegible]mmt, daß die Vermi[illegible]über der Vorkriegsz[illegible]ese Kaufkraftminder[illegible]fache, sondern nur u[illegible]

Die[illegible]n ist in der Oeffen[illegible] der Tat nicht einzusehen, warum [illegible] Gemeinden eine Senkung durchgeführt werden soll, in denen die Realsteuern keineswegs als überspannt gelten können. Die Regierung verteidigt die schematische Senkung damit, daß einer individuellen Ermäßigung unüberwindliche technische Schwierigkeiten entgegenstehen. Außerdem könne nur auf dem schematischen Wege eine weithin sichtbare, jedermann deutliche Senkung ermöglicht werden,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-6121666191930117-16/fragment/page=0011